Monatsspiegel

September 2016

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Interkulturelle Sozialpolitik

Bericht vom Besuch beim Interkulturellen Netz Altenhilfe INA in Augsburg

Von Anette Christian
Stadträtin, Vorsitzende des Seniorenbeirats

Von Grit Nickel
Mitglied im Kreisvorstand

Von Wolfgang Vogel
Stadtrat

Viele Jahrzehnte war die Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland durch das Verständnis geprägt, dass die Betonung in dem Wort „Gastarbeiter“ auf „Gast“ liegt und dass diese als solche Deutschland nach einiger Zeit wieder in Richtung ihrer Heimat verlassen würden. Diese Fehlannahme ist mittlerweile der Überzeugung gewichen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Doch auch ein Einwanderungsland altert; die „Gäste“, die seit nun mehreren Generationen in Deutschland leben, sind nun SeniorInnen und müssen durch entsprechende soziokulturelle Angebote angesprochen werden.

Im Juli haben verschiedene Aktive der Christlich-Islamischen Arbeitsgemeinschaft, des Seniorenbeirates und Mitarbeiterinnen des Seniorenamtes das Interkulturelles Netz Altenhilfe INA in Augsburg besucht, um ein Pilotprojekt in diesem Bereich zu besichtigen. Dieses Netzwerk hat sich die Integration von älteren pflegebedürftigen (bzw. von Pflegebedürftigkeit bedrohten) MigrantInnen und ihren Angehörigen unter besonderer Berücksichtigung von demenzerkrankten MigrantInnen zum Ziel gemacht. Für diese Arbeit hat INA 2016 den Bayerischen Innovationspreis Ehrenamt und 2012 den 2. Platz des Zukunftspreises im Bereich „Agenda 21/ Nachhaltige Entwicklung“ der Stadt Augsburg erhalten.

Augsburg hat als Großstadt und ehemalige Textilstadt einen überdurchschnittlich hohen Anteil an BürgerInnen mit Migrationsgeschichte. Nach verschiedenen Untersuchungen im Bundesgebiet ist diese Bevölkerungsgruppe aufgrund von ungünstigen Lebens- und Arbeitsbedingungen besonders von Krankheit und daher von früher eintretender Pflegebedürftigkeit betroffen. Sie kommt aus verschiedenen Kulturkreisen und hat demnach unterschiedliche Bedürfnisse. Besonders im Alter spielen diese Bedürfnisse eine zentrale Rolle. Vorhandene Angebote im Altenhilfebereich und im Bereich der Demenzerkrankung werden bisher jedoch nicht in Anspruch genommen. Umgekehrt kennen die verschiedenen Dienste und Institutionen der Altenhilfe die Lebenslage und Kultur der Einwanderer nur vom Hörensagen und sind nur sehr bedingt auf die neuen Anforderungen vorbereitet. Altenhilfe sollte sich daher auf die unterschiedlichen religiösen und kulturellen Ansprüche vorbereiten und neu orientieren, um diese Gruppe zu erreichen.

INA will in einem niederschwelligen

Fortsetzung auf Seite 3

06.09.	19:00	Distrikt Frauenaurach: Distriktsversammlung	Olive	S. 22
07.09.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 24
13.09.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 24
13.09.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 23
17.09.	17:00	Auf die Plätze: Herdegenplatz	Herdegenplatz	S. 9
19.09.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, Ratssaal	
20.09.	19:00	Distrikt Anger-Bruck: Distriktsversammlung	FSV Bruck	S. 22
21.09.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 22
22.09.	20:00	Kreismitgliederversammlung	ISAR 12	S. 3
26.09.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
27.09.	20:00	Treffen zum Thema Stadtteilbeiräte	Turnerbund	S. 4
30.09.	17:00	60plus: Wanderung	Treffpunkt: Hindenburgstr./Bürgermeister-steg	S. 5
01.10.	09:00	Haushaltsseminar der Fraktion	Wabene (voraussichtlich)	
04.10.	17:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
11.10.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung		S. 24
18.10.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 23
20.10.	20:00	Kreismitgliederversammlung		
08.11.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung		S. 24
22.11.	15:00	60plus: Filmnachmittag	IG-Metall-Saal	S. 5

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Patrick Rösch
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag	geschlossen
Dienstag	13:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	13:00 bis 16:00 Uhr
Freitag	10:00 bis 12:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführer: Patrick Rösch
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch	09:00 bis 13:00 Uhr
Donnerstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Gerhard Carl, Anette Christian, Alexandra Hiersemann (ah), Katrin Hurle (kh), Rudolf Kunstmann, Julie Mildenberger, Grit Nickel, Andreas Richter, Rolf Schowalter (ros), Ruth Sych (rs), Wolfgang Vogel, Hartmut Wiechert

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Angebot Pflegebedürftige und ihre Angehörigen informieren und beraten, um sie bei der Bewältigung der großen Herausforderung durch die Pflege zu unterstützen. Dieses Vorhaben wurde 2010 als niederschwelliges Angebot in Form eines gemeinsamen Frühstücks begonnen, das für die Betroffenen vor allem auch Raum für Erinnerungsarbeit, den Austausch über Vertrautes wie das Lieblingsessen, das zurückliegende Arbeitsleben usw. möglich machte. Ende 2011 konstituierte sich ein Projektbeirat unter Beteiligung des Dachverbands der türkischen Vereine und der Vertretungen der Pflegekassen. Seit dem Abschluss der Pilotphase im Oktober 2015 wird das Projekt von der Stadt Augsburg unter der Trägerschaft der AWO Augsburg gefördert.

INA hat von Beginn an den Kontakt mit der Zielgruppe gesucht: Es wurden Interviews über die individuellen Lebenslagen der MigrantInnen, ihre Sicht von Pflege und das Ankommen in Deutschland geführt. Im Fokus des Projektes standen dabei insbesondere die zahlenmäßig sehr große Gruppe von MigrantInnen aus dem islamischen Kulturkreis, vornehmlich aus der Türkei und hierin vor allem die der demenzerkrankten MigrantInnen. Heute kooperiert INA mit den Fachberatungsstellen für Senioren, mit den Migrantenselbsthilfeorganisationen und den Senioren- und Integrationsbeiräten der Stadt Augsburg. Es werden folgende Dienstleistungen mit verschiedenen Schwerpunkten angeboten:

- Die Zusammenstellung von geeignetem Informationsmaterial in der jeweiligen Sprache erleichtert die Information über die gesetzlichen Regelungen zu den Leistungen von Kranken- und Pflegekassen.
- Es besteht eine Bürogemeinschaft mit dem Kompetenznetz Demenz Augsburg; türkischsprachige Demenzpatinnen und -paten werden geschult und vermittelt.
- Ein ehrenamtlicher Besuchsdienst aus türkischstämmigen Seniorinnen und Senioren sucht Teilnehmende in der Häuslichkeit oder auch in Pflegeheimen auf.
- Umgekehrt werden im Rahmen von Integrationskursen Heimbesuche auch bei deutschen SeniorInnen vermittelt.
- Monatlich treffen sich ca. 40 Seniorinnen und Senioren in einer großen Gruppe zum Frühstückstreffen.
- Da eine Mitarbeiterin von INA auch ehrenamtlich im Hospizverein Albatros Augsburg aktiv ist, erleichtert dies Seelsorge, Sterbebegleitung und auch die Unterstützung bei den Ritualen für die Verstorbenen.

Diplom-Sozialpädagogin Nurten Sertkaya, INA-Leitung Diplom-Sozialpädagogin Nimet Saran, Alime Ghoneim, als ehrenamtliche Seniorin Frau Öztürk

Durch diese Kooperationen und Arbeitsschwerpunkte konnte das bürgerschaftliche Engagement bei den BürgerInnen und verschiedenen Einrichtungen mit Migrationshintergrund ausgebaut und gefördert werden. Es wurde eine tragfähige Struktur für bürgerschaftliches Engagement im Bereich der Pflege und Betreuung von Demenzerkrankten in Kombination mit den besonderen kulturellen und religiösen Bedürfnissen der MigrantInnen geschaffen. Nicht der Unterschied, sondern das Gemeinsame ist dabei der Anknüpfungspunkt: Das Projekt arbeitet mit den Bedürfnissen der Menschen; die besondere Situation des Alters und die Pflegebedürftigkeit sind hier das verbindende Element, weshalb die Frage einer möglichen Migrationsgeschich-

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 22. September 2016, 20.00 Uhr
Bürgertreff ISAR 12, Isarstraße 12

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Kultursensible Sozial- und Seniorenpolitik
   Einführung zum Thema und Diskussion
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner Dirk Goldenstein Sandra Radue

te und die auf den ersten Blick vorhandenen Unterschiede nicht trennend wirken. So wird eine Brücke zwischen der Zielgruppe und den Strukturen der Altenhilfe gebaut, die zugleich das Miteinander der Kulturen fördert.

Zugleich wurden die bestehenden Strukturen, Organisationen, Religionsgemeinschaften und MultiplikatorInnen genutzt. Vernetzung ist Ansatz- und Ausgangspunkt des Projektes: Es sollte kein zusätzliches Leistungsangebot für die Zielgruppe aufgebaut werden, sondern es ging darum, vorhandene Netze zu aktivieren, zu stützen und auszubauen. Dieses Vorgehen wäre auch für Erlangen übertragbar: Die vorhandenen Struktur nutzen und vertiefen, um das vorhandene bürgerschaftliche Engagement nicht zu überfordern, aber zugleich die Bedarfe der Zielgruppe zu decken und eine spezielle Ansprache zu finden.

Interkulturelle Sozialpolitik ist dadurch immer auch eine Anerkennung von Vielfalt und der Pluralität der Menschen, die hier leben. Eine heterogene Gesellschaft hat vielfältige Erwartungen an die verschiedenen sozialen und kulturellen Angebote. Diese Strukturen können nicht über Nacht geschaffen werden; sie müssen sich etablieren, können aber auf vielen bestehenden Initiativen, Pilotprojekten, engagierten MultiplikatorInnen und kommunalen oder staatlichen Einrichtungen aufbauen und diese besser vernetzen. Auch wenn mittlerweile viele Institutionen den Bedarf an kultursensibler Sozialpolitik sehen und es etliche Handreichungen zu dem Thema mit verschiedenen Schwerpunkten gibt, geht es weniger darum, einen fertigen Lösungsweg umzusetzen als einen Lernprozess zwischen Hauptamtlichen, Ehrenamtlichen und der Zielgruppe und ihrem Umfeld anzuleiten und zu begleiten. Eine Projekt wie das Interkulturelle Netz Altenhilfe in Augsburg schafft, was Sozialpolitik idealiter schaffen sollte: Teilhabe ermöglichen – und zwar ungeachtet der persönlichen und sozialen Voraussetzungen. Im Gegenteil – diese wirken bereichernd, verbinden mehr als dass sie trennen und bilden die gesellschaftliche Wirklichkeit ab.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Oktober 2016
23. September 2016

Treffen zum Thema Stadtteilbeiräte

Liebe Genossinnen und Genossen,
wie ihr aus der Presse erfahren konntet, werden ab Oktober nach und nach auch in den bisher „unversorgten“ Stadtteilen Stadtteilbeiräte eingeführt, die nach dem Vorbild der Ortsbeiräte die Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürger im direkten Umfeld intensivieren soll.

Wir laden daher alle Distriktsvorsitzenden und Interessierten zu einem Treffen ein am

Dienstag, 27. September, 20 Uhr, Turnerbund

Folgende Fragen sollen uns dabei beschäftigen:

1. Was erwarten wir uns von der Arbeit der Stadtteilbeiräte für die Beteiligung von Menschen an politischen Entscheidungen?
2. Wie werden Stadtteilbeiräte ernannt, welche Formalitäten und Fristen gibt es dabei zu beachten?
3. Wer eignet sich (auch von außerhalb der Partei) für die Arbeit als Stadtteilbeirat und wie können wir Menschen ansprechen und rekrutieren?
4. Wie läuft die Arbeit von Stadtteilbeiräten ab? Können erfahrene Ortsbeiräte mit ihren Erfahrungen helfen und evtl. als Mentoren tätig werden?

Wir freuen uns auf einen regen Gedankenaustausch,
Euer Vorstand

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im September Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

01.09. Harald Krebs
75 Jahre

01.09. Jutta Silbermann
84 Jahre

03.09. Wolfgang Schwerna
75 Jahre

04.09. Martin Strickroth
86 Jahre

05.09. Manfred Preuß
79 Jahre

14.09. Kurt Steinmüller
82 Jahre

15.09. Hartmut Wiechert
76 Jahre

18.09. Walter Krumpholz
76 Jahre

18.09. Axel Röhrborn
77 Jahre

20.09. Siegfried Weber
65 Jahre

20.09. Steffen Lanig
73 Jahre

20.09. Monika Fath-Kelling
60 Jahre

21.09. Norbert Schulz
65 Jahre

21.09. Sylke Dingfelder
71 Jahre

21.09. Rudolf Schwarzenbach
79 Jahre

23.09. Joachim Jaeger
73 Jahre

24.09. Karlheinz Eger
83 Jahre

25.09. Georg Kugler
72 Jahre

26.09. Manfred Felten
76 Jahre

26.09. Wolfram Gerold
72 Jahre

AG 60plus besuchte Jena

(rs) Die seit Jahren bestehenden freundschaftlichen Verbindungen zwischen den beiden Partnerstädten Erlangen und Jena, zu denen auch ein ebensolches Verhältnis zwischen den SPD-Genossen und einigen aktiven älteren Mitbürgern gehört, wurde am 6. Juni erneut bekräftigt. Seit mehr als zehn Jahren ist es guter Brauch, sich einmal im Jahr gegenseitig zu besuchen. Dieses Mal waren die Mitglieder der AG 60plus aus Erlangen an der Reihe.

Da die Zugverbindung durch die Bauarbeiten an der neuen Strecke nach Berlin erheblichen Zeitverlust erfordert hätte, wurde in einer Mitgliederversammlung beschlossen, die Fahrt mit einem gemieteten Kleinbus vorzunehmen. Unser Vorsitzender, Hartmut Wiechert, erklärte sich bereit, die Organisation zu übernehmen und auch den Fahrer zustellen.

Um 8.00 Uhr ging es dann vom August-Bebel-Haus los. Hartmut steuerte den Bus, als ob er bisher nichts anderes getan hätte. Sicher und wohlbehalten trafen wir zu dem vom Navi austarierten Zeitpunkt vor den Jenaer Stadtwerken ein und wurden von den Genossen aus Jena und einem Referenten der Stadtwerke herzlich empfangen. Im sechsten Stock des Gebäudes hatten wir nicht nur einen eindrucksvollen Blick über Jena, sondern es erwartete uns ein fachgerechter Vortrag über Jenas Infrastruktur und Stadtentwicklung, bei dem auch einige Stadträte und der Ortsteilbürgermeister von Jena Nord, Dr. Christoph Vietze, anwesend waren. Mit letzterem konnten wir ausgiebig auch über Stadtteilprobleme diskutieren. Es sind im Wesentlichen die gleichen Probleme, die es auch in Erlangen gibt und wohl jede Universitätsstadt hat. Wir konnten die Leitstelle besichtigen und wurden über Behebung von Schäden samt umfangreicher Organisation informiert. Danach gab es in der Kantine die Möglichkeit zu einer kleinen Pause, bevor wir das Mehrgenerationenhaus besuchten.

Dieses Mehrgenerationenhaus in der Rudolf-Breitscheid-Straße 2 in Jena wird von der AWO (Arbeiterwohlfahrt) betrieben. Es bietet unter einem Dach Servicewohnen für ältere Mitbürger, Kindertagesstätte, Integration von Geflüchteten, zwei Familienwohnungen sowie Bildungsangebote durch Vorträge und gesellige Veranstaltungen.

Der ehemalige Baureferent Peter Schulze zeigte uns dann noch die Ernst-Abbe-Hochschule, die unter seiner Leitung hörsaalmäßig ausgebaut wurde. Beeindruckend auch die Vielzahl der Studierenden, die sich nachmittags noch im Gebäude aufhielten.

Zum Abschluss fuhren wir dann noch auf den „Beutenberg“, der zwar

60plus lädt zu Filmnachmittag ein

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus der Erlanger SPD lädt ein zu einem herbstlichen Filmnachmittag „Comedian Harmonists“.

Der Film erzählt den kometenhafte nAufstieg des Vokalensembles „Comedian Harmonists“, das im Berlin der späten 1920er Jahre einen prägnanten, weltweit erfolgreichen Gesangsstil schuf, bevor es in die Mühlen der NS-Rassenideologie geriet, weil drei der sechs Mitglieder jüdischer Herkunft waren.

Bereits zu Jahresbeginn 2015 haben wir miteinander einige Filme genossen, teils ernst, teils humorvoll. Nun ist es wieder so weit – die Tage werden immer kürzer, der Advent steht vor der Tür, und wir haben einen neuen schönen Film für einen gemeinsamen Nachmittag gefunden. Zur Begrüßung gibt es Kaffee und Kuchen, im Anschluss ist Gelegenheit zum Gedankenaustausch. Eintritt zur Veranstaltung ist frei.

Termin: Dienstag, 22. November 2016, 15 Uhr
Ort: IG-Metall-Saal, Friedrichstraße 7

Wandern – Essen – Reden

Die AG 60plus lädt ein

Die SPD-AG 60plus, Kreisverband Erlangen, Kreisverband Erlangen-Höchstadt und UB Erlangen, laden ein zu einer kleinen Wanderung im Herbst am 30. September. Wir treffen uns an der Ecke Hindenburgstr./Bürgermeistersteg, durchqueren die schöne Schwabach-Anlage und begutachten die Grillstation am Bürgermeistersteg. Dies gibt sicherlich Anlass zu Diskussionen. Wir wollen nicht nur wandern, sondern auch reden. Die aktuelle Lage in Stadt und Land gibt genügend Anlass zum Austausch kontroverser Meinungen.

Durch ebenes, bewaldetes Gelände, Fußweg ca. 20 Minuten, geht es dann gemütlich zum Waldschießhaus, wo wir schon erwartet werden. Dort lassen wir es uns gutgehen und genießen die internationale Küche zu moderaten Preisen. Dem Wein und anderen herzhaften Getränken kann zugesprochen werden. Denn es wird ein Fahrdienst für die Rückfahrt organisiert.

Wir würden uns freuen, wenn auch diejenigen dazukommen würden, die zwar dem Ausweis nach schon Senioren sind, sich aber nicht als solche fühlen.

Datum: 30. September, 17:00 Uhr
Treffpunkt: Ecke Hindenburgstr./Bürgermeistersteg
Dauer der Wanderung: ca. 1 Stunde ,
Ziel: Waldschießhaus, 18:00 Uhr für Nichtwanderer
Ende: open end

in Jena liegt, aber nach Erzählung von Peter Schulze eine ganz besondere Bedeutung hat. Dieses Wissenschaftszentrum beherbergt das Fraunhofer-Institut das Max-Plank-Institut, das Leibniz-Institut, ein besonderes Institut für phototropische Studien oder Experimente. Wahrscheinlich gibt es dort noch mehr Institute. Allen ist gemein, dass sie ausschließlich auf den Beutenberg wollten. Dieser Run ist wohl damit zu erklären, dass das erste Labor für Penicillin außerhalb Amerikas in Jena entstand und die Amerikaner nur auf den Beutenberg wollten. Wenn man sich diese Anlage anschaut, architektonisch gelungen, am Berg gelegen mit einer fantastischen Aussicht auf die Stadt ist es quasi selbstverständlich, dass Forschung hervorragende Ergebnisse erbringt.

Distrikt Tennenlohe: Fahrt ins Hohenlohische

(ros) Seit einigen Jahren führt der Distrikt Tennenlohe in den Sommermonaten eine mehrtägige Exkursion durch. Im August diesen Jahres ging es ins Hohenlohische. Die Sprache hört sich in unseren Ohren Schwäbisch an, die Bewohner/innen betonen aber ihre Zugehörigleit zu Franken. Zum Auftakt trafen wir uns in Schwäbisch Hall in der Kunsthalle Würth zur Besichtigung der dortigen Ausstellungen. Eine kundige Stadtführerin erläuterte uns die Geschichte des kleinen Städtchens (37 000 Einwohner), dessen gut erhaltene Häuser (siehe Bild oben rechts) uns noch einen vagen Eindruck des Lebens von der früheren Blütezeit geben können. Im Mittelalter und der frühen Neuzeit war Hall eine bedeutende Reichsstadt mit Salzhandel (eigene Salzproduktion) und eigener Münze (Heller).

Am zweiten Tag unseres Ausflugs ging es zum Kloster Schöntal im Jagsttal, einem ehemaligen Zisterzienserkloster, das sich heute im Besitz des Landes Baden-Württemberg befindet. Vom ehemaligen Reichtum des Klosters zeugt nicht zuletzt die im Barock wieder aufgebaute Kirche (Leonhard Dientzenhofer). Nach einer kleinen Wanderung durch das Jagsttal rundete ein Besuch der Freilicht-Festspiele im Roten Schloss in Jagsthausen („Der Name der Rose“) diesen Tag ab.

Der dritte Tag führte uns in den auf einem Höhenzug gelegenen kleinen Ort Langenburg, dessen Schlossherren früher die Umgebung beherrscht haben. Davon unbeeindruckt haben wir eine längere Wanderung durch das Jagsttal (Bild oben links) unternommen, bergab und bergauf, was für einige Teilnehmer/-innen eine ordentliche körperliche Herausforderung dargestellt hat. Das Mittagessen in gemütlicher Runde in Langenburg (Bild unten) sowie der Ausklang in der Mosesmühle direkt am Jagstufer entschädigten für alle Anstrengung.

Die Planung und Organisation dieses wunderbaren Ausflugs lag in den Händen von Ulla Schnapper, unterstützt von Gert Büttner, wofür wir uns als Distrikt ganz herzlich bedanken.

Martina Stamm-Fibich wieder für den Bundestag nominiert

Mit einem hervorragenden Ergebnis wurde Martina Stamm-Fibich Ende Juli wieder als Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Erlangen nominiert: 96,7 Prozent der Delegierten stimmten für die amtierende Bundestagsabgeordnete.

Martina Stamm-Fibich stellte in ihrer Bewerbungsrede ihre umfangreiche Arbeit in den vergangenen vier Jahren im Deutschen Bundestag dar. Als Mitglied im Gesundheitsausschuss und gerade auch im Petitionsausschuss befasse sie sich mit vielen Anliegen, die Bürgerinnen und Bürger an sie herantrügen. Dies sei ihr auch wichtig: Ganz konkret für Menschen Lösungen für ihre Probleme zu suchen.

Auch ihre Wahlkreisarbeit – wo sie neben Erlangen auch den Wahlkreis Nürnberger Land betreut – gestalte sie in diesem Sinne: Den Kontakt mit den Menschen suchen, ihre Probleme anhören und sich dann darum bemühen, eine Lösung für diese Probleme zu finden. Dazu gehöre, viel vor Ort präsent zu sein, Veranstaltungen, Vereine und Verbände zu besuchen.

Der Ruf, den sich Martina Stamm-Fibich als „Kümmererin“ erworben hat, drückte sich auch in den Reden zu ihrer Unterstützung aus. Neben dem Unterbezirksvorsitzenden Dirk Goldenstein, und den Kreisvorsitzenden Dieter Rosner und Fritz Müller sprachen auch Oberbürgermeister Florian Janik, Herzogenaurachs Bürgermeister Dr. German Hacker und MdB-Kollege Carsten Träger (Fürth).

„Martina ist bereit da zu arbeiten, wo nicht gerade die Sonne scheint, zeigt Präsenz im Wahlkreis und nimmt auch viele Termine wahr, die abseits der großen Aufmerksamkeit stattfinden“, sagte Goldenstein in seiner Eröffnungsrede.

Ehrlich, glaubwürdig und hartnäckig waren dann auch die Wörter, die am häufigsten genannt wurden, um die Person Stamm-Fibich zu charkaterisieren. German Hacker betonte, dass Martina Stamm-Fibich nicht nur bier- und festzelttauglich sei, sondern zudem den Berufsstand der Politiker nach oben hebe: „Sie spricht auch einmal Dinge klar an, wenn sie nicht funktionieren. Alles andere wäre gelogen.“

Fachgespräch zur Bildungsintegration von Geflüchteten

(ah) Wie lassen sich Geflüchtete mit unterschiedlichsten Bildungshintergründen bestmöglich in unser Bildungssystem integrieren? Egal ob Analphabet oder Student, Kindergartenkind oder Erwachsener, alle unserer neuen Mitbürger bedürfen irgendeiner Form von Bildungsintegration, sei es ein Sprachkurs, Berufsausbildung oder Schulabschluss. Denn eines ist klar: Die Integration von geflüchteten Jugendlichen ist eine der wichtigsten Herausforderungen der nächsten Jahre. Ohne erfolgreiche Integration drohen Perspektivlosigkeit und Ausgrenzung. Ein wichtiger Schlüssel zu erfolgreicher Integration stellt die Bildung von Geflüchteten dar. Durch Bildung werden Werte und Normen vermittelt, Sprache gelehrt und Berufschancen eröffnet. Doch wie integriert man 300.000 neue Jugendliche und junge Erwachsene pro Jahr (Schätzung GEW) möglichst schnell und erfolgreich? Dazu bedarf es eines umfassenden Austausches zwischen Geflüchteten, Bildungseinrichtungen und Politik.

Für die Geflüchteten geht es um das Erlernen der deutschen Sprache, unserer Kultur, unserer Wertvorstellungen, unseres Systems und vieles mehr. Auch wir müssen überlegen, wie wir die neuen Schülerinnen und Schüler bestmöglich fördern können, wie wir herausfinden, zu welcher Schule ein Kind besser passt oder wie man zum Beispiel vom Krieg traumatisierten Minderjährigen hilft. Dies sind nur einige der Fragen, die sich in der jetzigen Situation stellen. All das muss organisiert und finanziert werden. Zum Glück gibt es viele engagierte Menschen (Lehrer, Eltern, Ehrenamtliche, Kommunen u.v.m.), die sich bereits um die Lösung solcher Fragen kümmern.

Fachgespräch mit ExpertInnen aus verschiedensten Bildungsbereichen

Um diesen Prozess aber noch zu verbessern und zu intensivieren, veranstaltete ich mit meinem Landtagskollegen Martin Güll das Fachgespräch „Bildungsintegration von Geflüchteten“ am 28. Juni 2016 in Erlangen. Mit Martin Güll, MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Kultus im Bayerischen Land-

tag und zugleich bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, ist Kompetenz und Erfahrung zu den angesprochenen Fragen garantiert. TeilnehmerInnen des Fachgesprächs waren verschiedenste BildungsexpertInnen: VertreterInnen der Grundschule Herzogenaurach, Eichendorffschule Erlangen, Realschule am Europakanal, Berufsschule Erlangen, Albert-Schweitzer-Gymnasium, Ohm-Gymnasium, Volkshochschule Erlangen, SPD-Stadtratsfraktion, Stadt Erlangen und ehrenamtliche Helfer. Eine angeregte Diskussion hatte das Ziel, Forderungen und Ideen im Hinblick auf die Integrationsaufgabe anzusprechen, um diese anschließend in den politischen Prozess einbringen zu können.

Was es zu tun gilt

Die Diskussion orientierte sich schnell an sechs zentralen Themen: Sprachförderung, Bildungsclearing, ehrenamtliche Hilfe, schulische Angebote, Personalförderung und Finanzierung.

1. Sprachförderung ist das A und O bei der Eingliederung von Schülerinnen und Schülern. Denn ohne die Beherrschung der deutschen Sprache, ist es schwer dem Unterricht zu folgen, geschweige denn Prüfungen erfolgreich abzulegen, selbst wenn der „Stoff“ bekannt sein sollte. Hier bedarf es gesteigerter Anstrengung, die die Schulen nach gemeinsamer Ansicht nicht alleine leisten können. Hier brauchen wir eindeutig mehr Personal, intensivere und vor allem mehr Deutschkurse, denn wie sollen Deutschkurse erfolgreich absolviert werden (wie im neuen Integrationsgesetz der Bayerischen Staatsregierung gefordert), wenn nicht ausreichend Deutschkurse angeboten werden. Als kurzfristige Entlastung ist die Unterstützung von ehrenamtlichen Helfern und Drittkräften für Deutschkurse dringend erforderlich.
2. Bildungsclearing: Damit die neuen Schülerinnen und Schüler effektiv lernen können, muss man allerdings zuerst feststellen, auf welchem Bildungsstand sie sich befinden. Dass dies nicht so einfach ist und hier noch großer Verbesserungsbedarf besteht, darüber waren sich alle TeilnehmerInnen einig. Idealerweise sollen vergleichbare kultur- und sprachunabhängige Tests feststellen, welches Bildungsangebot am besten passt. In Erlangen kümmert sich die Stadt aus eigenen Mitteln bereits um das Bildungsclearing, obwohl dies Aufgabe des Freistaats ist. Dies ist ein Paradebeispiel dafür, wie sich die Menschen vor Ort, in Ermangelung staatlicher Unterstützung, für die Neuankömmlinge einsetzen.
3. Die vielen ehrenamtlichen Helfer wurden hoch gelobt. Ohne sie wäre die Eingliederung der Geflüchteten kaum möglich. Doch auch die Helfer stoßen an ihre Leistungsgrenzen. Oft nicht auf ihre Aufgaben vorbereitet, geschweige denn ausgebildet, kümmern sie sich um alle Aspekte des Lebens eines Geflüchteten. Dass man von einem ehrenamtlichen Helfer nicht erwarten kann, dass er sich z.B. mit der Behandlung von Traumata auskennt, dürfte klar sein. Darum müssen die Ehrenamtlichen durch den Staat gefördert, ausgebildet und vor allem entlastet werden. Dies ist ein klarer Auftrag an die Politik, der von der SPD-Landtagsfraktion mit zahlreichen Anträgen aufgegriffen worden ist!
4. Zum Thema Bildungsangebote gibt es ebenfalls deutlichen Änderungsbedarf. So sollte ein „Pool“ an Förderstunden geschaffen werden, den die Schulen bei Bedarf abrufen können, wenn Lehrkräfte fehlen. Die Möglichkeiten der Schulen zur Sprachförderung sind leider gering, weshalb in diesen Bereich stark investiert werden müsste. Zusätzlich besteht ein großer Bedarf an Informationsmaterial (Broschüren, Videos etc.) für Schülerinnen und Schüler, um einfacher Fragen zu beantworten und Probleme zu lösen. Auch hier muss der Freistaat Bayern in die Pflicht genommen werden. Die Stadt Erlangen ist hier schon aktiv geworden. Auf der Internetseite http://erlangen.helpto.de/de werden Hilfesuchende, engagierte Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Organisationen, Unternehmen und Kommunen zusammengebracht, um sich gegenseitig zu unterstützen und Wichtiges auszutauschen.
5. Lehrer und Dozenten bedürfen besserer Schulung und Vorbereitung auf ihre Aufgaben. Hier stehen vor allem Deutsch als Fremdsprache und der Umgang mit Traumatisierungen und kulturellen Unterschieden im Vordergrund. Besonders auf traumatisierte Kinder und Jugendliche sowie kulturelle Unterschiede, die unnötig Konflikte hervorrufen können, werden Pädagogen in ihrer Ausbildung eher selten vorbereitet.
6. Die Finanzierung all dieser Maßnahmen stellt angesichts der Haltung der CSU-Mehrheitsfraktion im Landtag allerdings ein Problem dar. Noch bezahlen oder übernehmen viele Kommunen, Schulen und ehrenamtliche Helfer unentgeltlich eine Vielzahl der Integrationsaufgaben- und Angebote. Doch das darf und kann nicht zum Dauerzustand werden, denn eines ist klar: Die Aufgabe der Bildungsintegration wird noch Jahre andauern und ist eine Aufgabe von hoher gesellschaftlicher Bedeutung. Die Ressourcen sind da, so der Bildungsausschussvorsitzende Martin Güll, nur müssen sie freigemacht und an der richtigen Stelle eingesetzt werden. Besonders die Kosten für zusätzliche Lehrer und deren weitere Ausbildung muss der Freistaat Bayern tragen, denn das ist Sache der Länder.

Bessere Organisation, engere Koordination, mehr ausgebildetes Personal, passgenauere Bildungsangebote und bessere Bildungsinstrumente, all das gilt es zu erreichen. Der Freistaat Bayern muss sich hier schnell und umfassend bewegen. Die SPD-Landtagsfraktion hat dies schon in der Vergangenheit deutlich gemacht und wird mit weiteren parlamentarischen Initiativen hieran arbeiten. Nicht zuletzt die auf unseren Antrag hin neu eingesetzte Enquete-Kommission wird an einer seriösen Beantwortung dieser Fragen arbeiten. Erfreulicherweise gibt es so viele engagierte Menschen, die sich um das Wohl der Neuankömmlinge sorgen und Migration als humanitär notwendig und auch als Chance für die Zukunft verstehen. Ich danke allen Beteiligten für die Teilnahme am Fachgespräch, für die Schilderungen ihrer Erfahrungen aus der täglichen Arbeit und Ideen für Verbesserungen, aber vor allem für ihren Einsatz für Geflüchtete und deren Integration!

Konstruktive Diskussion über Interessenskonflikte im öffentlichen Raum

(kh) Bei der dritten Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Auf die Plätze“ hatte die Erlanger SPD zur Diskussion über Interessenskollisionen im öffentlichen Raum auf den Bohlenplatz geladen. Die Veranstaltung war mit über 40 Interessierten sehr gut besucht, die Diskussionen verliefen überwiegend konstruktiv.

Zum Einstieg erläuterte Herr Blöchl von der Polizei Erlangen, dass es dieses Jahr bisher (Anfang Juli) sechs Einsätze der Polizei am Bohlenplatz gab. Selbstverständlich sei es bei auftretenden Ruhestörungen Aufgabe der Polizei, für Ruhe zu sorgen. Hierbei setze die Polizei jedoch zunächst auf den Dialog mit den Verantwortlichen, welche dann in den meisten Fällen auch Einsehen zeigen würden. Erst wenn dies scheitern sollte, kämen härtere Maßnahmen wie Platzverweise zum Einsatz. Eine Anwohnerin wies jedoch darauf hin, dass sie die Polizei bisher eher zurückhaltend gerufen hatte und die geringe Zahl an Einsätzen damit nicht das tatsächliche Ausmaß des Problems wiederspiegeln würde. Aus Sicht der Polizei seien die Bürgerinnen und Bürger hier jedoch in der Pflicht, zu informieren, und sollten auch durchaus ein zweites Mal anrufen, wenn eine durch die Polizei zunächst unterbundene Störung erneut auftreten sollte.

Die Polizei wies zudem darauf hin, dass es in erster Linie ihre Aufgabe sei, die Spitzen zu kappen, und sie nicht für eine permanente Ruhe in der Stadt sorgen könne. Wegen anderer, oftmals dringlicherer Vorfälle in der Stadt seien ihre Kapazitäten schließlich oftmals eingeschränkt. Wichtig sei aus ihrer Sicht zudem der Dialog zum Interessensausgleich.

Im Verlauf der Diskussion hatten auch mehrere Anwohner geäußert, dass sie sich durch die intensive Nutzung des Bohlenplatzes bis weit nach Mitternacht häufig in ihrer Nachtruhe gestört fühlten, wenn es auch bezüglich des Ausmaßes der nächtlichen Ruhestörungen etwas unterschiedliche Angaben gab. Hierbei wurde jedoch bezüglich der Nutzung des Platzes durchaus differenziert. Während es Gruppen gäbe, die gar nicht stören würden, weil sie sich nur leise unterhalten, wurde von den Anwohnern hauptsächlich laute Musik oder Gegröle von Betrunkenen als besonders unangenehm empfunden. Während manche Anwohner berichteten, dass sie weitgehend positive Erfahrungen damit gemacht hätten, wenn sie mit den Leuten auf dem Platz sprechen und sie auf die von ihnen verursachte Ruhestörung hinweisen würden, erklärten andere, dass es für sie sehr unangenehm sei, spätabends oder nachts noch nach draußen zu gehen, um sich dann mit möglicherweise stark alkoholisierten Personen auseinandersetzen zu müssen.

In Hinblick auf die Ursachen der intensiven Nutzung des Plates wies ein Student darauf hin, dass viele Studierende nur kleine Zimmer hätten und sich daher gerade im Sommer lieber im Freien auf Plätzen aufhalten würden. Der Bohlenplatz erscheint hierbei vielen als der fast einzige mögliche Platz in der Innenstadt. Er habe aber durchaus auch Verständnis für das nächtliche Ruhebedürfnis der Anwohner, ebenso wie einige Anwohner durchaus auch Verständnis dafür äußerten, dass Leute sich im Sommer gerne länger draußen aufhalten möchten. Die Wöhrmühle, welche derzeit zur Freizeitnutzung hergerichtet wird, sei für viele Studierende möglicherweise schon zu weit weg von der Innenstadt. Hierzu wurde jedoch angemerkt, dass die Wöhrmühle gerade für exzessivere Nutzungen ideal sei und damit auch entsprechend kommuniziert werden sollte. Aus Sicht der Studierenden wurde zudem geäußert, dass Alternativen zum Bohlenplatz in der Stadt schlecht kommuniziert würden und daher bei den Studierenden kaum bekannt seien.

Zudem wurde es als ein generelles Problem in Erlangen festgestellt, dass sehr viele Wohnungen für Studierende geschaffen werden, aber keine entsprechende Infrastruktur. Da der Bau jedoch meist durch private Investoren erfolgt und es keine gesetzliche Vorgabe zur Schaffung von Freiflächen gibt, habe die Stadt hier keine wirkliche Handhabe.

Susann Skerra vom Streetwork Erlangen wies darauf hin, dass Jugendliche von anderen Plätzen häufig vertrieben würden und sich deren Aufenthalt deshalb am Bohlenplatz zentrieren würde. Weiterhin erläuterte sie im Hinblick auf die Wöhrmühle, dass junge Leute oft nicht dorthin wollten, weil diese eben außerhalb des Stadtzentrums sei. Ge-

AUF DIE PLÄTZE

„Auf die Plätze“ geht auf Stadtteiltour!

Nachdem von Juni bis August auf zentralen Plätzen in der Innenstadt wichtige Aspekte des öffentlichen Raums diskutiert worden sind, wird „Auf die Plätze“ im September auf Stadtteiltour gehen: Konkret vor Ort wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren, welche Rolle Plätze für das Leben in den Stadtteilen spielen. Was gibt es an ihnen zu ändern? Wo fehlen vielleicht auch Plätze?

Die meisten Termine standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Bekannt ist bereits die Veranstaltung in **Frauenaurach** auf dem **Herdegenplatz** am **17. September, 17 Uhr**.

Alle weiteren Termine: www.spd-erlangen.de/auf-die-plaetze

nerell beklagten die Jugendlichen, mit denen sie zu tun habe, dass sie das ständige Vertrieben werden von Plätzen als schlimm empfinden würden und ihnen Alternativen in der Stadt fehlten. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass es sich bei dem vom Streetwork betreuten Klientel überwiegend nicht um die Personen handelt, die sich vorwiegend am Bohlenplatz aufhalten. Diese sind überwiegend Studierende, während das Streetwork überwiegend mit jüngeren Jugendlichen aus der Stadt arbeitet.

Um das Problem am Bohlenplatz zu entspannen, wurde angeregt, dass der Schlossgarten länger geöffnet haben sollte. Bisher habe die Universität dies jedoch stets abgelehnt. Allgemein sahen einige der Anwesenden die Universität in der Pflicht, sich auch um entsprechende Aufenthaltsmöglichkeiten für ihre Studierenden zu kümmern. Der Bürgermeistersteg wurde ebenfalls als ein alternativer Platz genannt, welcher aufgrund fehlender direkter Anwohner weniger konfliktanfällig sei. Während der Platz bereits durchaus rege genutzt wird, gäbe es auch hier noch Optimierungspotential. So seien beispielsweise die Toiletten schlecht zu finden, was für eine höhere Attraktivität des Platzes verbessert werden könnte. Bei Erstsemesterführungen könnten zudem neben dem Bohlenplatz auch andere Grünflächen in der Stadt vorgestellt werden. Weiterhin wurde eine facebook-Kampagne der Stadt angeregt, die auf andere Freiflächen hinweisen soll.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurden einige Maßnahmen zusammengefasst, welche angegangen werden sollten, um die beschriebenen Nutzungskonflikte einzudämmen. So sollte die Universität aufgefordert werden, Freiflächen auf ihrem Gelände für den Aufenthalt von Studierenden zur Verfügung zu stellen und dafür auch entsprechend zu gestalten. Zudem sollte sich die Stadt bei der Universität besonders nachdrücklich für die Verlängerung der Öffnungszeiten des Schlossgartens im Sommer einsetzen. Für den Bohlenplatz selbst wurde eine Aktion angeregt, in deren Rahmen eine Gruppe von Personen zum Bohlenplatz geschickt werden, um den Ist-Zustand festzustellen sowie mit den sich am Platz aufhaltenden Personen ins Gespräch zu kommen. Als mögliche Zuständige wurden dabei das Amt für Soziokultur sowie das Ordnungsamt genannt.

Zudem soll auf ein rücksichtsvolles Nutzungsverhalten unter anderem durch entsprechende Schilder auf dem Platz hingewiesen werden. Dabei sollten die Schilder aber klar signalisieren, dass Personen, die sich auf dem Platz aufhalten wollen, grundsätzlich durchaus willkommen sind, sie aber aus Rücksicht auf die Anwohner eben bestimmte Regeln beachten sollten. An die Anwohner wurde appelliert, Frust, sofern dieser aufkommt, auch entsprechend mitzuteilen. Weiterhin soll die Stadt einen Flyer erstellen, in welchem auf alternative Grünflächen in der Stadt inklusive der Verhaltensregeln hingewiesen werden soll. Dieser sollte insbesondere auch an die Erstsemester ausgegeben werden. Dabei sollte auch geprüft werden, welche weiteren Plätze sich möglicherweise für eine Nutzung aufwerten ließen. Dies kann zu einer Entspannung der Situation am Bohlenplatz beitragen.

Insgesamt hat die Veranstaltung gezeigt, dass bei allem geäußerten Unmut gegenseitiges Verständnis und Dialogbereitschaft durchaus vorhanden ist. Mit entsprechender Rücksichtnahme lassen sich also das Bedürfnis nach dem Aufenthalt im Freien in lauen Sommernächten durchaus mit dem Ruhebedürfnis von Anwohnern vereinen, zudem kann durch Schaffung von Alternativen die Situation am Bohlenplatz entspannt werden.

„Alles so schön grau hier?“ – Diskussion zu mehr Grün in der Stadt

(kh) Auf dem Zollhausplatz wurde im Rahmen der Reihe „Auf die Plätze“ über mehr Grün in der Stadt diskutiert. Die Veranstaltung war mit über 30 Personen aus Partei und Öffentlichkeit gut besucht. Auch einige Anwohner waren unter den Anwesenden.

Zum Ist-Zustand auf dem Platz wurde zunächst angemerkt, dass das Rondell zum Sitzen durchaus angenommen wird, der Platz aber insgesamt nicht sehr gut genutzt und auch nicht als sonderlich einladend wahrgenommen wird. Generell äußerten mehrere Anwesende ihre Unzufriedenheit über den derzeitigen Zustand des Platzes und auch darüber, dass bisher von Seiten der Stadt nichts umgesetzt wurde, um den Platz zu verschönern.

Ein Anwesender stellte die Flux-Box als eine Gestaltungsmöglichkeit vor. Es handelt sich hierbei um mobile Pflanzboxen, die ohne aufwändige Umgestaltungsmaßnahmen einfach aufgestellt werden können. Die Pflege erfolgt in der Regel durch Anwohner. Am Altstadtmarkt, wo sich derzeit Flux-Boxen befinden, würde dies einigermaßen funktionieren. Die Flux-Boxen wurden als Gestaltungsidee für den Zollhausplatz ausdrücklich begrüßt. Es wurde auch angemerkt, dass es an dem Platz schon einmal Pflanzkübel gab, diese aber wieder entfernt wurden.

Eine Vertreterin vom Zentrum für selbstbestimmtes Leben wies jedoch darauf hin, dass es bereits jetzt schwierig sei, mit dem Rollstuhl in Richtung Westen vom Platz herunterzukommen.

Pflanzkübel und Ähnliches könnten hierbei zusätzliche Hindernisse darstellen, so dass dies im Hinblick auf die Barrierefreiheit des Platzes unbedingt berücksichtigt werden müsse. Auch auf weitere Mängel des Platzes bezüglich der Barrierefreiheit wurde hingewiesen. So sei es für Blinde ungünstig, dass sich das Leitsystem direkt am Fahrradweg befinden würde. Blinde könnten damit mit dem Stock leicht auf den Radweg gelangen. Die Toilette ist zudem ebenfalls nicht behindertengerecht.

Eine ebenfalls vorgeschlagene mobile Möblierung hätte auch den Nachteil, dass der Platz dann für Blinde unberechenbar wird.

Die Trafo-Station der Stadtwerke, welche sich auf dem Zollhausplatz befindet, wurde von Einigen als störend wahrgenommen. Hier wäre eventuell eine Begrünung durch die ESTW anzuregen. Weiterhin wurde die Aufstellung von punktuellen Pflanzschalen vorgeschlagen, für die gegebenenfalls Patenschaften übernommen werden könnten.

Eine weitere Idee zur Begrünung des Platzes waren „Grüne Zungen“ im Asphalt, für die der Asphalt an den entsprechenden Stellen entfernt werden müsse. Hierbei ergibt sich jedoch das Problem, dass unter dem Platz einige Leitungen verlaufen, welche freigehalten werden müssen. Dies sei der Vorteil von beweglichen Boxen.

Als ein derzeitiges Problem wurde festgestellt, dass der Platz bei Regen schnell unter Wasser steht, was aufgrund des vorangegangenen Regenschauers bei der Veranstaltung auch direkt beobachtet werden konnte. Als Alternative für die Platzgestaltung wurden daher Rasengittersteine vorgeschlagen. Diese sorgen für Begrünung und können gleichzeitig die Wasserversickerung fördern.

Weiterhin wurde angeregt, noch einen oder zwei Bäume mehr auf dem Platz zu pflanzen. Auch hier müssten jedoch die unter dem Platz verlaufenden Leitungen bedacht werden. Zudem könnten unter den Bäumen mehr Sitzgruppen geschaffen werden, wo dann die Bäume für angenehmen Schatten sorgen würden. Die sich bereits am Platz befindliche runde Bank könne zudem so umgestaltet werden, dass sich die Leute ansehen können.

Als weitere Gestaltungsideen wurden ein Laubengang zum Daruntersetzen sowie eine Begrünung der Haltestellendächer genannt. Der Platz könnte außerdem durch einen Kiosk, einen Verkaufswohnwagen oder einen Gemüsemarkt belebt werden, was von einigen Anwesenden begrüßt wurde.

Zudem wäre „Urban Gardening“ denkbar. Das eigentliche Konzept hiervon sieht vor, dass das Gärtnern öffentlich stattfindet. Es wurden jedoch Bedenken geäußert, dass einige Leute dann lieber eine Parzelle für sich haben wollten, was dann eher einem Schrebergarten entsprechen würde. Es könnten auch Nutzsträucher gepflanzt und das Obst zur freien Verfügung gestellt werden. Die Pflege könnte durch die Anwohner erfolgen. Dies sei am Zollhaus in größerer Form zwar schwierig, aber in kleinerem Umfang durchaus denkbar. Für ein solches Projekt im größeren Rahmen wäre zum Beispiel der Ohmplatz gut geeignet.

Bezüglich der Realisierbarkeit der Maßnahmen im städtischen Haushalt wurde von Vertretern des Stadtrats angemerkt, dass kleinere Maßnahmen unproblematisch seien. Bei größeren Umgestaltungsmaßnahmen handele es sich jedoch um langwierigere Investitionsprojekte, die auf einer nach Priorität geordneten Wartelisten landen würden. Der Vorteil kleinerer Lösungen sei zudem, dass sie eine Mitgestaltung durch die Bürger ermöglichen würden. Zudem wurde erwähnt, dass die Umgestaltung des Platzes von Seiten der Stadt bisher nach hinten geschoben wurde, da der Ostast der Stadt-Umland-Bahn vermutlich über den Platz verlaufen wäre. Da dieser nun nach dem Bürgerentscheid im Landkreis Erlangen-Höchstadt absehbar die nächste Zeit nicht kommen wird, kann die Umgestaltung des Platzes nun vorgezogen werden.

Bezüglich der weiteren Planung mit dem Platz wurde angemerkt, dass der Platz im Programm „Aktive Zentren“ grundsätzlich vorgesehen ist. Aufgrund der negativen Erfahrungen am Lorlebergplatz, wo die geplante Umgestaltung aufgrund des Widerstands der Anwohner nicht umgesetzt wurde, sollten am Zollhausplatz nun vorher unter anderem in dieser Veranstaltung die Anwohner gefragt werden.

Zudem soll bei der Umgestaltung des Platzes der anstehende Auszug der Philosophischen Fakultät berücksichtigt werden, die Umgestaltung soll daher rechtzeitig erfolgen.

Ein paar Anwesende äußerten Bedenken, dass der Platz bei stärkerer Frequentierung auch stärker vermüllt werden könnte. Hier wurde jedoch erwidert, dass die Mehrzahl der Nutzer vernünftig sei und man sich nicht von einer kleinen Gruppe Unvernünftiger dominieren lassen solle. Wichtig sei hier zudem die Kommunikation mit den Nutzern. Außerdem gäbe es ja noch die Stadtreinigung. Zudem wird erwartet, dass am Zollhausplatz durch die dichte Bebauung sowie die Bushaltestelle eine stärkere soziale Kontrolle gegeben sei.

So konnten im Rahmen der Veranstaltung viele Anregungen zur Begrünung des Platzes und allgemein zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität gesammelt werden, die sowohl kurzfristig umsetzbare kleinere Maßnahmen durch mobile Elemente wie auch größere, langfristigere Umgestaltungen beinhalten. Es braucht hier nun vor allem den Mut zum Ausprobieren.

Radtour zu Kunst im Erlanger Stadtbild

(kh) Bei der Radtour „Kunst im Stadtbild“ im Rahmen der Reihe „Auf die Plätze“ wurden verschiedene bekannte und weniger bekannte Kunstwerke in der Stadt angesteuert. Jedes Objekt wurde hierbei von Stadträtin Ursula Lanig sowie der Leiterin des Kulturpalais, Amely Deiss, erläutert. Ca. 25 Interessierte hatten sich der Radtour angeschlossen.

Löwe am Martin Luther-Platz

Der Löwe war ursprünglich Teil eines Kriegerdenkmals zum Deutsch-Französischen Krieg, das 1890 errichtet worden war. 1952 war das Denkmal abgebrochen worden, weil es ein Verkehrshindernis darstellte. Der Löwe wurde schließlich 2003 als Überbleibsel des Denkmals auf dem Platz wieder aufgestellt.

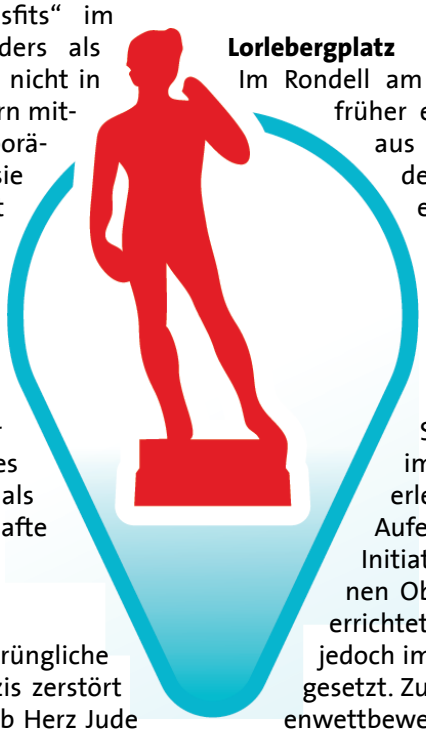
Brunnen am Altstädter Kirchplatz

Der Fischerknabe, der den Brunnen auf dem Altstädter Kirchenplatz ziert, befand sich ursprünglich am Bahnhofsvorplatz, musste jedoch in den 50er Jahren weichen. Ursprünglich war der Brunnen somit für den Platz, an dem er sich jetzt befindet, gar nicht vorgesehen. Auch die Zusammenstellung mit den nun vorhandenen Bänken, welche gerne für den Aufenthalt genutzt werden, ist neu. Das Motiv des Fischerknaben kann möglicherweise einfach als eine Anspielung auf das Wasser im Brunnen verstanden werden. Der Brunnen schneidet den ehemaligen Verlauf der alten Stadtmauer, welcher am Boden durch Pflastersteine sichtbar gemacht wurde.

Pauli-Brunnen und Laterne – Marktplatz

Der Pauli-Brunnen auf dem Marktplatz ist im Gegensatz zur Markgrafenstatue auf dem gegenüberliegenden Schlossplatz, welche den Gründer der Erlanger Universität darstellt, ein Hinweis auf das Bürgertum. Er stammt von einer Stifterfamilie und wird als ein Wahrzeichen von Erlangen angesehen.

Als temporäres Kunstwerk befindet sich derzeit zudem eine Laterne auf dem Marktplatz. Diese stammt ursprünglich aus Buenos Aires. Sie brennt immer zur Öffnungszeit der Ausstellung „Machinery Misfits“ im Kunstpalais, also anders als gewöhnliche Laternen nicht in der Dunkelheit, sondern mitten am Tag. Als temporäres Kunstwerk wurde sie in der Öffentlichkeit stark diskutiert. Wiederholt wurde von beunruhigten Bürgern sogar die Feuerwehr gerufen. Temporäre Kunstwerke fallen gerade durch ihr nur vorübergehendes Vorhandensein oftmals stärker auf als dauerhafte Objekte.



Jakob-Herz-Denkmal

Nachdem das ursprüngliche Denkmal von den Nazis zerstört worden war, weil Jakob Herz Jude war, ist derzeit nur noch eine Stele als Erinnerung vorhanden. Diese befindet sich an der Ecke Krankenhausstraße – Universitätsstraße, während das ursprüngliche Denkmal am Hugenottenplatz stand. Jakob Herz galt als Wohltäter der Stadt Erlangen, so dass die Bürger selbst ihm als Dank für seine große Nächstenliebe das Denkmal stifteten. Dies gemeinsam mit der Tatsache seiner Zerstörung im Dritten Reich sollte zum Ausdruck bringen, dass die Wahrnehmung von Kunst immer auch abhängig von zeitlichen Umständen und gesellschaftlichen Normen ist. Auch aus diesem Grund wurde auch auf eine Wiederherstellung des Denkmals verzichtet.

Lorlebergplatz

Im Rondell am Lorlebergplatz stand früher ein schwarzer Obelisk aus dem 19. Jahrhundert, der als Kriegsdenkmal errichtet worden war. Derzeit befinden sich dort Blumenpflanzungen. Der Lorlebergplatz gilt mit als einer der sehr schönen Plätze in der Stadt, er wird jedoch im Alltag nicht als Platz erlebt und kaum zum Aufenthalt genutzt. Eine Initiative wollte wieder einen Obelisken an dem Platz errichtet haben, dies hatte sich jedoch im Stadtrat nicht durchgesetzt. Zudem gab es einen Ideenwettbewerb zur Umgestaltung des Platzes, diese wurde jedoch von den Anwohnern abgelehnt und daher verworfen. Hier war auch das Konzept dabei, zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität eine Seite des Kreisverkehrs zuzumachen.

Eine interessante Möglichkeit wäre es auch gewesen, den Wanderer von Kirchner auf dem Platz aufzustellen. Dies hätte eine schöne Verbindung zum Burgberg und dem dortigen Skulpturengarten ergeben. Als besonders wichtig wurde bei der Radtour angemerkt, dass für weitere Platzgestaltungen sofort Künstler mit einbezogen werden sollten.

Pferd im Glaskasten – Röthelheim-Campus

Das Pferd im Glaskasten, welches sich auf dem Röthelheim-Campus befindet, konnte im Rahmen der Tour nicht betrachtet werden, da es aufgrund von Beschädigungen gerade repariert wird. Generell ist Glas bei öffentlichen Kunstwerken natürlich problematisch. Es wurde allerdings hierbei auch angemerkt, dass es dort zuvor 13 Jahre lang unbehelligt gestanden hatte. Das Glas ist milchig, so dass sich das Pferd lediglich erahnen lässt. Die Skulptur soll einen Blick in die Vergangenheit ermög-

lichen, schließlich hatten sich früher, als der Bereich noch als Kasernenareal genutzt wurde, auf dem Platz unter anderem auch Stallungen befunden. Die Skulptur steht auf dem Platz nicht rechtwinklig und stellt damit einen Gegensatz zu den umgebenden Gebäuden dar.

Skulpturen am ZMPT

Vor dem ZMPT (Zentrum für Medizinische Physik und Technik) befinden sich drei Skulpturen, die jeweils die gleiche Person, nur in leicht unterschiedlicher Haltung darstellen. Die Figuren wirken sehr natürlich. Sie sollen einen durchschnittlichen Menschen mit durchschnittlicher normaler Kleidung darstellen, der forscht, arbeitet und so weiter. Etwas kritisch könnte hier gesehen werden, dass eben nur ein weißer Mann dargestellt ist, und nicht etwa auch eine Frau. Allerdings handelt es sich eben letztlich auch nur um eine dargestellte Person.

Hase – Röthelheimpark

Der Hase auf dem Grünzug im Röthelheimpark ging aus einem Ideenwettbewerb hervor, bei dem sich die Künstlergruppe „Inges Idee“ durchgesetzt hatte. Ziel sollte es hierbei sein, die ehemalige militärische Nutzung des Geländes mit der heutigen Nutzung als attraktives Wohnquartier zu verbinden. Der Hase soll eine Anspielung auf den ehemaligen Exerzierplatz sein, auf welchem quasi nachts, wenn keine Übungen mehr stattfanden, nur noch die Hasen unterwegs waren. Die Ohren des Hasen symbolisieren das Victory-Zeichen. Dies soll ebenfalls eine Anspielung auf die ehemalige militärische Nutzung des Geländes sein, jedoch hier aus dem militärischen Kontext entfernt.

Die Aufstellung wurde von den Anwohnern interessiert verfolgt. Während manche sehr begeistert waren, äußerten andere Bedenken, zum Beispiel wegen möglicherweise störender Reflexionen.

Rathausplatz

Auf dem Rathausplatz befindet sich eine Ansammlung von verschiedenen Kunstobjekten. Das Objekt „Wie die beiden Hälften eines Apfels“ soll auf die Städtepartnerschaft mit Besiktas hinweisen. Sie wurden von türkischen Künstlern gefertigt. Zudem befindet sich auf dem Platz eine Stele mit den Namen der Partnerstädte Erlangens. Ein weiteres Objekt ist die Skulptur „Königin III“, die besonders durch ihre Schlichtheit auffällt und weibliche Assoziationen weckt.

Der Rückertbrunnen auf dem Rathausplatz dient zur Belebung des Platzes. Die Skulptur im Brunnen war das Ergebnis eines von der Stadt ausgeschriebenen Wettbewerbs. Die Idee hatte zwar nur den zweiten Platz belegt, wurde aber wegen Schwierigkeiten bei der Realisierung des Erstplatzierten dennoch umgesetzt.

Der Rathausplatz ist insgesamt sehr vielfältig, so dass nicht klar ist, welcher Bereich nun der Hauptplatz ist. Die Gestaltung des Platzes ist durch seine Multifunktionalität teilweise eingeschränkt. Die auf dem Platz aufgestellten Objekte sind teilweise „Verlegenheitslösungen“, wenn andere geeignete Plätze für das jeweilige Objekt nicht gefunden werden konnten.

Die Bodenmusterung des Platzes ist eine Hommage an die Planstadt Erlangen, welche ein eigenes Kunstwerk darstellt und zu der Zeit, als sie entstand, ein sehr modernes Projekt war.

Begrünt die Städte !

Von Gerhard Carl

Immer mehr Menschen leben in Städten. Städte haben Konjunktur, vor allem grüne Städte. Urbanes Grün ist wertvoll und schutzwürdig – dafür engagieren sich viele BUND-Gruppen. Der Zuzug in die Städte, hohe Grundstückspreise und rege Bautätigkeit setzen die verbliebenen Freiflächen unter Druck. Städte mit einem hohen Anteil von Grünflächen bieten ihren Bewohnerinnen und Bewohnern mehr Lebensqualität. Kompakte Städte mit ihren kurzen Wegen haben viele Vorteile. Je weniger Familien in einen flächenfressenden Neubau am Stadtrand ziehen, dort auf ein Auto angewiesen sind und damit jahrzehntelang Verkehr verursachen, desto besser.

Doch so sinnvoll es sein mag, Innenstädte behutsam zu verdichten – der Schutz grüner Freiflächen sollte im Zweifelsfall Vorrang haben. Denn Stadtgrün ist das wichtigste Instrument der Städte, um sich an steigende Temperaturen anzupassen. Grün kühlt. Zudem brauchen die Bewohner der Innenstadt Grünflächen nahe ihrem Wohnort. Grüne Oasen, die für alte Menschen erreichbar sind und die es Kindern erlauben, einen, wenn auch kleinen, Ausschnitt von Natur vor ihrer Haustür kennenzulernen. Gerade arme, wenig mobile Menschen sind auf Freiflächen im Zentrum angewiesen. Eine naturnahe Stadt ist auch eine Stadt, die all ihren Bewohnern gerechten Zugang zu grü-

nen Oasen bietet, und damit Erholung und frische Luft.

Stadtgrün ist elementar, damit sich die Anwohner seelisch und körperlich erholen können. Grüne Städte bieten auch mehr Pflanzen und Tieren Lebensraum. Mehr Grün in der Stadt heißt in allen Fällen mehr Lebensqualität für Mensch und Natur.

Noch immer dominiert Grau unsere Städte. Straßen, Plätze oder Schulhöfe sind oft bis in den letzten Winkel versiegelt, bedeckt mit Asphalt und Beton. Große versiegelte Flächen sind weder schön noch ökologisch. Und sie kommen die Städte langfristig teurer zu stehen als unversiegelte. Betrachtet man nur die Kosten für den Unterhalt, so ist es tatsächlich billiger, versiegelte Flächen zu reinigen als Grünflächen zu pflegen. Doch selbst unscheinbares innerstädtisches Grün trägt dazu bei, das Stadtklima zu verbessern.

Nicht selten laufen Anwohner Sturm, wenn sie für neue Grünflächen ihre Parkplätze opfern sollen. Sicher muss es Parkplätze für Anwohner geben. Doch auch Anwohner ohne Auto müssen an der Nutzung des öffentlichen Raums angemessen beteiligt werden. Junge Familien bleiben, statt in die Peripherie zu ziehen, häufiger in der Stadt. Das auch, um weiter ohne Auto mobil zu sein. Weniger Autos brauchen weniger Parkraum. Der frei werdende Platz kann neu genutzt und zum Beispiel auch entsiegelt werden. Potenzial für mehr Stadtgrün gibt es auch in der Höhe. Begrünte Dächer und Fassaden strahlen positiv auf die Umgebung aus. Sie verhindern, dass sich Gebäude aufheizen und schaffen vielfältige Lebensräume. Positiv ist auch die Aufstockung von Altbauten, um ohne Bodenversiegelung neuen Wohnraum und moderne Dachflächen zu schaffen, die man begrünen oder auch für Photovoltaik nutzen kann.

Ob sich die globale Erwärmung auf zwei Grad beschränken lässt, ist fraglich. Sicher ist jedoch: In urbanen Brennpunkten wird sich der globale Klimawandel deutlich stärker bemerkbar machen. Ein besonderes Augenmerk verdient deshalb das städtische Mikroklima. Speziell in Ballungsräumen werden die Menschen in Zukunft gesundheitliche Probleme bekommen. Hitzewellen dürften häufiger werden, und sie werden länger andauern. Hohe Temperaturen belasten Herz und Kreislauf. Und sie fördern austauscharme Wetterlagen und damit die Luftverschmutzung.

Grünflächen können hier für einen Ausgleich sorgen, ihre Bedeutung für ein gesundes Stadtklima wächst. Doch viele Städte opfern ihre grünen Inseln eher der baulichen Verdichtung, als neues Grün zu schaffen. Wo Grünflächen fehlen, leiden die Stadtbewohner bei längeren Hitzeperioden von Tag zu Tag mehr. Immer mehr Wärme speichern die Siedlungskerne dann, die nirgends mehr eine Abkühlung erfährt. Parks und Straßenbäume können für Linderung sorgen: Ihr Schatten senkt die gefühlte Temperatur erheblich. Gleichzeitig binden Pflanzen Staub und speichern Wasser. Höchst wirksam sind begrünte Fassaden, die tagsüber Kühlung bringen und nachts die Wärmestrahlung reduzieren. Wichtig ist es daher, Städte ausreichend zu durchgrünen und in der Innenstadt auf Schneisen für Frischluft zu achten.

Als Folgen des Klimawandels werden meist Hitze und extreme Unwetter diskutiert. Zu selten bedacht wird, dass steigende Temperaturen urbane Inversionslagen fördern: In der Stadtluft konzentrieren sich dann Stickstoffdioxide und Feinstaub – deren Grenzwerte schon heute oft überschritten werden.

Höchste Zeit also, unsere Städte an den Klimawandel anzupassen! Städtische Grünflächen tun gut: Dem Klima, indem sie weniger Wärme speichern, Frischluft produzieren und ein positives Mikroklima schaffen. Und somit auch unserem Wohlempfinden, der Naherholung und dem Schutz der biologischen Vielfalt.

Die Städte sind daher aufgefordert, für eine klimagerechte Entwicklung zu sorgen – was vor allem bedeutet, gezielt für mehr Grünflächen zu sorgen – nicht zuletzt an Fassaden und auf Hausdächern.

Die neue Schleierfahndung

Von Grit Nickel

Als er vor einigen Jahren auf den Markt kam, leistete der Burkini etwas Großartiges: Er ermöglichte es Frauen auch bedeckt Sport zu treiben, in zahlreichen Fällen überhaupt erst schwimmen zu lernen (zum Beispiel beim Erlanger BIG-Projekt) und – wie erst vor kurzem beim Beachvolleyball zu sehen war – auch an den Olympischen Spielen teilzunehmen. Der Burkini bedeutete damit für viele Frauen ein Stück Emanzipation, Integration und Teilhabe. Außerdem wird er, wie letztens in der Frankfurter Rundschau zu lesen war, zu fünfzig Prozent von Frauen gekauft, die ihn nicht aus religiösen, sondern aus gesundheitlichen Gründen zum Schutz vor Hautkrebs tragen.

In diesem Sommer ist der Burkini zum Streitobjekt in einer hitzigen Diskussion geworden – gemeinsam mit dem Gesichtsschleier, vulgo Burka. Aber was haben Burka und Burkini gemeinsam? Nichts – außer denselben Wortstamm, wobei diese Referenz bei der Einführung des Burkinis auch noch als das verstanden wurde, was es ist: als ironische Anspielung. In der aktuellen Diskussion wird beides zu einem Weltbild erklärt, das es zu bekämpfen gilt.

Nun geht es in der Debatte in Deutschland (noch) nicht um ein Burkini-, sondern um ein Burka-Verbot, zumindest in einigen Bereichen. Doch die Erfahrungen aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden und dem Tessin zeigen, dass solch ein Verbot nur bedingt wirksam ist. Entweder zahlen die Betroffenen das Bußgeld und tragen den Gesichtsschleier weiterhin, oder sie schränken ihren Radius auf die eigenen vier Wände ein. Die Verbotsbefürworter argumentieren stets mit dem Anspruch, die betroffenen MuslimInnen integrieren und/oder befreien zu wollen. Aber handeln sie wirklich in deren Sinne? Wohl kaum, denn es geht bei Burka- und Burkini-Verbot nicht um die Frauen, sondern um die eigene Abneigung gegen eine religiöse Praxis. Ansonsten würden MuslimInnen in die Debatte

einbezogen und ihre Position gehört werden. So applaudieren nur jene, die die grundgesetzlich verankerten Rechte von MuslimInnen aus Prinzip gerne noch weiter einschränken würden.

Die vergangenen Diskussionen zum Kopftuch haben bereits eines deutlich gemacht: Die Trägerinnen wollen in der Regel nicht befreit werden, da sie sich nicht unfrei, fremdbestimmt oder bevormundet fühlen. Der nächste Schritt ist dann eben das Verbot. Auch vom Gesichtsschleier muss man kein Fan sein, um gegen ein Verbot zu sein. Ein Gesichtsschleier, das ist unbestritten und zwar auch bei den allermeisten MuslimInnen und muslimischen TheologInnen, ist eine krasse Auslegung von Religion. Er irritiert, er wirkt abgrenzend – und zwar für alle, die damit konfrontiert sind, auch für Musliminnen und Muslime. Aber muss etwas verboten werden, nur weil es irritiert und befremdet?

Wie bei Bekleidung im Allgemeinen geht es auch bei der muslimischen Bedeckung um Schamgrenzen. Eine Frau aufzufordern, ihre Verhüllung abzulegen, überschreitet diese Schamgrenze. (Gleiches gilt übrigens auch für viele muslimische Männer, die häufig ein Mindestmaß an Kleidung wählen.) Entblößung ist dann kein Akt der Befreiung und auch keine Errungenschaft; vor allem dann nicht, wenn dies wie an einigen französischen Grenzen vor Schaulustigen geschieht. Man kann ein anderes Verständnis von Körperlichkeit haben und muss die individuellen Gründe für die Verhüllung nicht nachvollziehen können, um sie trotzdem zu respektieren. Ob und in welchem Maße ein Kopftuch ein religiöses Gebot ist oder nicht, dies ist eine Diskussion, die auch in der muslimischen Community immer wieder geführt wird. Die innermuslimische Debatte, dieser sensible Prozess einer muslimischen Selbst-Findung in Deutschland und Europa, wird durch die aktuelle politische Diskussion aber nicht befördert. Im Gegenteil: Sie wird erstickt, da es für Musliminnen und Muslime nun nicht mehr um die Frage geht, wie sie ihre Religion praktizieren und in Deutschland gestalten können. Nun geht es darum, wie man mit einem Stück Angst- und Ausgrenzungspolitik umgeht. Denn Burkini- und Burka-Verbot zielen nicht auf die Verhüllung an sich, sondern auf das vermeintliche „Weltbild“, auf das „Symbol“ eines politischen Islam, das darauf projiziert wird.

Das Verbot, dort wo es besteht, und auch die Diskussion darum haben eine fatale Wirkung: Sie spalten. Sie fokussieren nur die Extreme der muslimischen Community und verbinden das Bedecken an sich in der öffentlichen Wahrnehmung mit diesem Extremen. Sie signalisieren, dass eine bestimmte Art der Religionsauslegung nicht erwünscht ist. Im Alltag wird aber nicht differenziert, ob eine Frau Kopftuch, Niqab, Burka, Tschador oder Burkini trägt – das zeigt schon der Name der Debatte. Die Bedeckung wird in der Folge zum Symbol der Abgrenzung und der Ablehnung des „Normalen“. Anstatt die vielen muslimischen Frauen, die sich mit oder ohne Kopftuch am Arbeitsplatz, im Sportverein oder im Elternbeirat einbringen, in den Blick zu nehmen, werden sie auf ihr Anderssein reduziert. Der Gegensatz zwischen „Wir“ und „Ihr“ wird gestärkt, bis sich nicht wenige fremd im eigenen Land fühlen. Und dies befördert eine überaus bedenkliche Entwicklung: Dass nämlich die Frage nach der eigenen Identität gerade bei jungen Menschen zu einer inneren Zerrissenheit führt. Weil die Gesellschaft nicht zu begreifen scheint, dass es möglich ist, MuslimIn UND Deutsche(r) oder Deutsche(r) UND Türke/in zu sein, scheinen diese beiden Identitäten auch für immer mehr Betroffene unvereinbar. Doch was bedeutet das für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Mit diesen Entwicklungen vor Augen erscheint es geradezu verheerend, ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt von den Deutsch-TürkInnen mehr Loyalität

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

zu Deutschland einzufordern. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Türkei und nach der Großdemo in Köln ist das nachvollziehbar, aber Loyalität kann man nicht einfordern, sondern nur gewinnen. Doch wie soll diese Loyalität funktionieren, wenn Migration und Islam in den vergangenen Jahren vor allem im Kontext mit Verboten diskutiert wurden? Wie soll man inbrünstig die Nationalhymne mitsingen, wenn man auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Wohnungsmarkt und im Alltag immer wieder als der/die „Fremde" wahrgenommen wird und die Angst vor Rassismus und Übergriffen immer weiter wächst?

Statt immer neue Diskussionen um Kleiderordnungen brauchen wir einen echten gesellschaftlichen Lernprozess. Einen Lernprozess, der berücksichtigt, dass Kulturen und Religionen grundsätzlich plural und entwicklungsoffen sind; dass es auch in den „anderen" Kulturen und Religionen Reformbewegungen gibt, die gefördert und nicht durch Pauschalisierung und Stigmatisierung behindert werden sollten; und dass es eine Vielzahl an Wegen gibt, um seine individuelle Freiheit und Emanzipation verwirklichen zu können.

Stellungnahme von Attac Erlangen zu CETA

Von Rudolf Kunstmann
Attac Erlangen

Von Julie Mildenberger
Attac Erlangen

Von Andreas Richter
Attac Erlangen

Der SPD-Europaabgeordnete Bernd Lange hat den deutschen Text zum Freihandels-Abkommen mit Kanada (CETA) unter die Lupe genommen und eine einundzwanzigseitige Synopse (Gegenüberstellung der vom SPD-Parteitag 2015 beschlossenen SPD-Kriterien und des ausgehandelten Textes) veröffentlicht. Er schreibt: *„Die beste Option (...) wäre ein multilaterales Abkommen unter dem Dach der Welthandelsorganisation (WTO)."* Da fragt man sich dann, warum sein Bericht dennoch ein bilaterales Abkommen mit Kanada verteidigt, das nichts anderes ist als TTIP (das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA) durch die Hintertür. Aber nehmen wir einige seiner Argumente einmal genauer unter die Lupe.

1. Investitionsgerichtshof

„Es werden transparentere Verfahren geschaffen und zugleich die Rechtsstandards des Investitionsschutzes sehr eng und deutlich präziser und klarer als bisher gefasst."

Die in den geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada, TTIP und CETA, vorgesehenen Schiedsgerichte sind, einem Gutachten von Professorin Kathrin Groh, München, zufolge, verfassungswidrig. Siegfried Broß, Ex-Verfassungsrichter, kommt ebenfalls zum Ergebnis, dass die in den geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP vorgesehenen privaten Schiedsgerichte grundgesetzwidrig sind. Begründung: Weil der jeweils betroffene Vertragsstaat insoweit seine Souveränität und Gestaltungsmacht im Völkerrechtsverkehr aufgibt. Da hilft es auch nicht wenn etwas verfassungswidriges „präziser und klarer gefasst" ist.

Bisher konnten Staaten durch demokratisch gewählte Regierungen und Parlamente Gesetze schaffen, an die sich auch internationale Konzerne und Banken zu halten hatten. Mit den Investitionsschutzabkommen wird der Spieß umgedreht. In Zukunft können die Reichen und Mächtigen dieser Welt den Staat auf Schadensersatz, u.a. auf zukünftig theoretisch erzielbare Gewinne, verklagen. Laut CETA-Text könnten Konzerne vor einem internationalen Schiedsgericht klagen, wenn sie ihre „legitimen Erwartungen" auf Gewinne geschmälert sehen. Weitere unpräzise Definitionen wie „faire und gerechte Behandlung" oder „legitime öffentliche Interessen" eröffnen ebenfalls ein weites Feld von Klagemöglichkeiten. Auch die Klausel, die Klagen von Briefkastenfirmen mit kanadischer Adresse verhindern soll, ist weitgehend wirkungslos. Verlangt werden lediglich „substanzielle Geschäftsaktivitäten" in dem beklagten Land. Diese sind natürlich gegeben bei einem amerikanischen Konzern, der in Deutschland Geschäfte macht und in Kanada lediglich einen Briefkasten unterhält. In all diesen Fällen sind Klagen, unter Umgehung ordentlicher Gerichte, weiterhin möglich. Da helfen auch die in den Nachverhandlungen erreichten Korrekturen wenig.

2. Arbeitnehmerrechte

„In CETA sind erstmals in vielen Bereichen fortschrittliche Regeln und Standards für den Schutz von Arbeitnehmerrechten, Umwelt, Gesundheit und für nachhaltiges Wirtschaften insgesamt vereinbart worden. Die neue kanadische Regierung von Premierminister Trudeau hat außerdem erklärt, die beiden bisher von Kanada noch nicht ratifizierten ILO-Kernarbeitsnormen zügig zu ratifizieren."

Tatsächlich zugesagt wurde lediglich: „Die Vertragspartner halten sich an die acht ‚Kernnormen' der Internationalen Arbeitsorganisation ILO (Internationale Arbeits-Organisation)." Der CETA-Vertrag bezieht sich nämlich nicht auf die ILO-Originalnormen, sondern auf eine „Erklärung von 1998 über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit" der ILO und die „Erklärung von 2008 über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung". Es fehlt das Recht auf gleiche Bezahlung für Mann und Frau, es gibt keinen Kündigungsschutz und auch keine Überprüfung der Einhaltung der Normen durch ILO-Gremien. Auch sind im Falle von Verletzungen der ohnehin stark abgeschwächten Arbeitsrechte keinerlei Sanktionen vorgesehen. In CETA fehlen außerdem alle weiteren 181 ILO-Normen, wie das Recht auf bezahlten Urlaub und bezahlte Pausen, das Recht auf eine Entlohnung, die vor Armut schützt, auf Sozialversicherungen, auf Schutz vor Gefahren am Arbeitsplatz, auf Entschädigung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. In CETA heißt es dagegen: Die Vertragsparteien sollen „akzeptable Mindestbeschäftigungsstandards für Lohn- und

Gehaltsempfänger“ neu festlegen. Wie Bernd Lange in diesem Zusammenhang von Fortschritten schreiben kann ist nicht nachvollziehbar. Man darf sich nicht der Illusion hingeben, dass unsere Arbeitnehmerrechte in Zukunft weiterhin gelten werden. Sie sind bei einem gemeinsamen Markt immer unter Konkurrenzdruck und es heißt: entweder Abbau von Arbeitsrechten oder Verlust von Arbeitsplätzen. Spätestens langfristig, wenn die Arbeitnehmer in ihrem Arbeitsalltag die verheerenden Auswirkungen solcher Handelsabkommen am eigenen Leib zu spüren bekommen werden sie der SPD den Rücken kehren.

3. Daseinsvorsorge

„Für viele Dienstleistungsbereiche und insbesondere die Daseinsvorsorge werden in CETA vielfältige Schutzregeln formuliert: So gelten für die Daseinsvorsorge eine allgemeine Schutzregel.“

Prof. Dr. Martin Nettesheim, Universität Tübingen, kommt in seinem Gutachten für Baden-Württemberg zu dem Schluss: „Eine Freistellung von Dienstleistungen des Allgemeininteresses findet sich in CETA nicht. Die Ausschlussklauseln und die Vorbehalte im Vertragstext erfassen nur Teilbereiche.“ Die Vorbehalte leiden zudem „unter Unklarheit und Unschärfe.“ Dabei hatte er englische Textvorschläge gemacht, die Unklarheiten und Unschärfen verhindert hätten. Im Nettesheim-Gutachten heißt es weiter: „CETA stellt den Bereich der (...) Daseinsvorsorge nicht umfassend frei.“ Die Aufzählung der ausgenommenen Sektoren schirme den Bereich der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge in den Ländern und Gemeinden nicht umfassend ab. Insbesondere sind Unternehmen der öffentlichen Hand, wie Stadtwerke, gefährdet, wenn über sie Einnahmen zur Quersubventionierung anderer öffentlicher Einrichtungen, wie Schwimmbäder, erzielt werden. Das Hauptproblem liegt aber in der Positivliste der Bereiche, die vor Privatisierung und ausländischer Übernahme geschützt sind. Im öffentlichen Interesse wäre umgekehrt eine Liste der Bereiche, die überhaupt dem internationalen Markt geopfert werden sollen. Dann gäbe es keine Unklarheiten. Auch künftige Bereiche wie z.B. ein staatlich garantierter Internetzugang oder garantierter Zugang zu Gesundheitsleistungen wären nach Vertragsunterzeichnung unwiederbringlich an die Konzerne verloren.

4. Kultur

„In CETA wird der Markt für kulturelle Dienstleistungen nicht weiter geöffnet. Fördermaßnahmen im Kultursektor, etwa für Theater, Oper oder Kleinkunst, sind wegen der allgemeinen Ausnahme für Subventionen im CETA-Vertrag weiterhin möglich.“

Nettesheim hält dagegen fest: „Eine umfassende Freistellung von Dienstleistungen des Allgemeininteresses findet sich in CETA nicht.“ Man könne sich des Eindrucks nicht ganz verschließen, dass zwischen der Programmatik der Präambel und den konkreten operativen Bestimmungen bewusst eine Differenz geschaffen wurde. Dazu muss man wissen, dass die speziellen Einzelregelungen in Paragraphen und Absätzen einer Präambel immer vorgehen. Fördermaßnahmen sind demnach zwar „weiterhin möglich“ aber vielfach gegenüber bisherigen Gesetzen eingeschränkt.

5. Vorsorgeprinzip zum Schutz der Verbraucher

„CETA bekräftigt die Ausnahme von Art. 20 GATT. Dies ist die Grundlage der EU, das Vorsorgeprinzip auch in WTO-Streitfällen zu verteidigen.“

In einem weiteren Rechtsgutachten, das ein Team um den Göttinger Völkerrechtler Peter-Tobias Stoll erstellt hat, heißt es: „Das Vorsorgeprinzip ist weder in CETA noch in TTIP verankert.“ Deshalb werde es „durch die Freihandelsverträge zu einer generellen Beeinträchtigung der bestehenden Schutzstandards kommen.“ Das Vorsorgeprinzip muss also vor einem Schiedsgericht, das wir weder brauchen noch wollen, in jedem Streitfall einzeln gegen Konzerninteressen verteidigt werden, anstatt es wie bisher einfach per Gesetz vorzuschreiben.

6. Regulatorische Kooperation

„Der CETA-Vertrag sieht eine Regulatorische Kooperation auf freiwilliger Basis und ohne bindende Wirkung auf parlamentarische Entscheidungen vor.“

Das Gutachten von Tobias Stoll kommt zu dem Schluss, dass „Regulatorische Zusammenarbeit die demokratische Souveränität der EU, der EU-Mitgliedstaaten und der USA (bzw. Kanadas) gefährdet.“ Man muss sich auch fragen, warum in einem Rechtsstaat mit parlamentarischer Demokratie eine Gesetzesvorlage erst den Lobbyisten vorgelegt werden muss, bevor die Parlamentarier einen Blick darauf werfen dürfen.

7. Fazit

Es geht bei den sog. „Freihandelsabkommen“ nicht um Zölle und Standards, sondern um eine Machtverschiebung von Parlamenten und ordentlichen Gerichten hin zu multinationalen Konzernen und Banken. Die durch Nachverhandlungen erreichten Verbesserungen sind eher kosmetischer Natur. Die umfangreiche Synopse von Bernd Lange steckt voller Beschönigungen und viele seiner Behauptungen halten einer juristischen Überprüfung nicht stand. CETA in der vorliegenden Form darf deshalb keinesfalls jemals umgesetzt werden. Was wir statt dessen brauchen ist ein fairer Welthandel ohne Privilegien einiger reicher Länder. Die SPD Bayern hat deshalb auf ihrem Parteitag das Kananda-Abkommen mit 80-Proznet-Mehrheit klar abgelehnt. Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Miersch kommt zur Ablehnung von CETA mit dem Fazit: „Als Fazit kann festgehalten werden, dass die von Parteitag und Parteikonvent gezogenen roten Linien in zentralen Punkten im CETA-Vertragsentwurf nicht eingehalten werden. Aus meiner Sicht kann kein sozialdemokratisches Mitglied eines Parlaments diesem Abkommen in der vorliegenden Fassung zustimmen.“ Zu einer entsprechenden Ablehnung kommen auch die Demokratische Linke 21, die Organisation der Parteilinken der SPD sowie die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer JuristInnen NRW.

Zur Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat findet am 17. September ein Aktionstag mit Demonstrationen in sieben deutschen Städten statt. Bayern ist mit einer Kundgebung ab 12 Uhr in München dabei. Der DGB hat dazu einen Bus organisiert, der um 8 Uhr in Erlangen am Busbahnhof abfährt. Dieser ist für DGB-Mitglieder kostenlos. Anmelden kann man sich per E-Mail unter mittelfranken@dgb.de. Wer nicht Mitglied beim DGB ist, kann ebenfalls ab Erlangen für einen Unkostenbeitrag von 15 Euro mitfahren. Daran ist die Erlanger SPD mit einer Ausfallbürgschaft beteiligt. 14 Tage vorher kann man dafür Fahrkarten im Dritte Welt Laden am Neustädter Kirchenplatz 7 erwerben.

Die schraffierten Zitate stammen aus der Synopse von Bernd Lange. Sein kompletter Text findet sich unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges__Papiere_et_al_/Synopse_CETA_Lange.pdf

RATHAUS TELEGRAMM

Stadtteilbeiräte für ganz Erlangen

Auf Antrag von SPD, GL und FDP hat der Stadtrat im Juli die stadtweite Einführung von Stadtteilbeiräten beschlossen. Noch in diesem Jahr nimmt im Bereich Anger/ Bruck der erste Beirat seine Arbeit auf, 2017 folgen die übrigen fünf.

„Wir freuen uns, dass wir dieses wichtige Anliegen nach langen Jahren der Blockade unter dem früheren OB Balleis jetzt umsetzen können", erklärt SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister. „Stadtteilbeiräte sind ein Baustein für mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung in unserer Stadt. Sie ermöglichen es, vor Ort über geplante Projekte zu diskutieren, Anregungen und Anliegen aufzugreifen und dem Stadtrat vorzulegen. Durch die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in ihrem direkten Umfeld kann das Interesse an der Gestaltung des Stadtteils gestärkt und die Distanz zu Politik abgebaut werden." ■

SPD treibt Planungen für Schul- und Vereinssporthalle im Stadtosten voran

Gemeinsam mit den „Ampel-Partnern" GL und FDP treibt die SPD-Fraktion die Planungen für eine Schul- und Vereinssporthalle im Stadtosten, wahrscheinlich an der Hartmannstraße, voran. Dies haben die drei Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag unterstrichen. Nachdem die eigentlich geplante Kombination einer Schul- und Vereinssporthalle mit einer Halle für Bundesligahandball nicht realisiert werden kann, soll so der dringende Bedarf für Schul- und Vereinssport im Stadtosten gedeckt werden.

„Die SPD-Fraktion hat sich immer dafür eingesetzt, den Schul- und Vereinssport in der Stadt zu stärken", so die SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister. „Unter anderem in unseren Gesprächen mit dem Sport-Stadtverband haben wir daher immer deutlich gemacht: Wenn die Kombination aus Schul-, Vereins- und professionellem Handballsport nicht realisiert werden kann, dann wollen wir eine Halle rein für den Schul- und Vereinssport im Stadtosten schaffen. Zu diesem Wort stehen wir und setzen daher nun mit Grüner Liste und FDP die Alternativplanung in Gang." ■

Noch einiges zu tun am „Dechsi"

Nach Abschluss der Arbeiten am „neuen Röttenbach" konnten die Badenden zunächst bis Ende Mai einen ungetrübten Badespaß erleben und die SpaziergängerInnen waren voll der Anerkennung über das neue Weiherumfeld. Kinder planschten, die Liegewiesen waren belegt und es fehlte nur noch ein funktionierender Bootsverleih. Dieser ist mittlerweile vorhanden und wird gut genutzt. Das Umfeld wird umsichtig gepflegt, das erste Spielgerät für Kinder ist am Nordufer aufgebaut worden – und die Menschen kommen (wieder)!

Die Befürchtung, dass die gute Wasserqualität noch nicht von Dauer sein könnte,

lag jedoch von Anfang an nahe: Der Weiher muss doch noch mit den Schadstoffen im Sediment, die sich seit der Entschlammung 2003 wieder angesammelt hatten, fertig werden. Daher „grüßen" auch dieses Jahr also wieder Faden- und Blaualgen und führen hin und wieder zu stinkendem Wasser. Hinzu kam noch, dass die Barriere bzw. der Steindamm am Einlauf in den Weiher, auch aufgrund der starken Regenfälle dauernd, überflutet wurde und so das Wasser, das eigentlich um den Weiher geleitet werden sollte, ungehindert einfließen konnte. Damit wurde bisher die gewohnte, unerwünschte Fracht im Weiher verteilt. Dass sich am Weiherrand wieder vermehrt Schilf, Binsen und andere, positiv wirkende, Pflanzen angesiedelt haben, ist sehr erwünscht – das gilt aber weniger für den Aufwuchs an einigen Stellen im Weiher. Dazu die Dechsendorfer Stadträtin Ursula Lanig: „Es muss noch einiges passieren am Dechsi: Entweder muss die Barriere erhöht, oder der Einlauf in den Umleitungsgraben abgesenkt werden. Das mitten im Weiher aufwachsende Schilf muss entnommen und die Böschung des umlaufenden Röttenbachs sollte gemäht werden. Erlangens BürgerInnen brauchen das stadt- und naturnahe Erholungsgebiet und wir dürfen nicht auf halbem Wege stehen bleiben!" ■

Paul-Gordan-Strasse: Polarisierung vermeiden

Für ein Bürgerbegehren zur „Aufstellung eines Bauleitplanverfahrens mit dem Ziel einer öffentlichen Grünfläche" – und damit zur Verhinderung des sozialen Wohnungsbaus an der Paul-Gordan-Straße – haben Gegnerinnen und Gegner etwa 6.100 Unterschriften gesammelt und eingereicht. Im Stadtrat hat auch die SPD-Stadtratsfraktion der Position des Oberbürgermeisters zugestimmt, keinen Bürgerentscheid durchzuführen. Dafür wurde das Bürgerbegehren angenommen und auf sozialen Wohnungsbau in der Paul-Gordan-Straße verzichtet. Eine temporäre Flüchtlingsunterkunft soll dort aber trotzdem errichtet werden.

„Die Entscheidung gegen den sozialen Wohnungsbau an der Paul-Gordan-Straße ist uns nicht leichtgefallen", so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Philipp Dees. „In einer Kampagne zum Bürgerentscheid hätte aber gedroht, dass einerseits das wichtige Thema sozialer Wohnungsbau und die berechtigten Einwendungen mit Bezug auf die Paul-Gordan-Straße, wie der Erhalt der Grünfläche dort oder der Denkmalschutz, mit der Ablehnung von sozialem Wohnungsbau in eher wohlhabenden Stadtteilen insgesamt und auch dem Thema Unterbringung von Flüchtlingen andererseits vermischt worden wäre. Dies hätte zu einer Polarisierung der Stadtgesellschaft geführt, die den ‚Erlanger Konsens', sozialen Wohnungsbau überall in der Stadt zu errichten und damit keine ‚reichen' und ‚armen' Stadtviertel zu schaffen, massiv in Frage gestellt hätte. Diese Polarisierung wollten wir mit Blick auf den notwendigen Neubau von Wohnungen gerade im geförderten Bereich vermeiden."

Die SPD wird aber nun das Thema „Wohnen" zu einem noch stärkeren Schwerpunkt ihrer inhaltlichen Arbeit machen. „Wir wollen das Bewusstsein dafür schärfen, wie dringend neue Wohnungen in unserer Stadt sind. Wir brauchen bezahlbare Wohnungen, weil wir in unserer Stadt auch die Menschen, die sie bewohnen, brauchen und wertschätzen: Verkäuferinnen und Verkäufer, Erzieherinnen und Erzieher, Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger und Handwerkerinnen und Handwerker und viele andere mit eher niedrigen Einkommen tragen die Wirtschaft in unserer Stadt genauso wie die eher gutverdienenden Akademikerinnen und Akademiker. Dann müssen wir aber auch für Wohnungen in unserer Stadt sorgen, die sie bezahlen können", begründet dies die Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister. ■

Interessenkollision im öffentlichen Raum

Bei der dritten Veranstaltung der Reihe „Auf die Plätze" hat die Erlanger SPD zur Diskussion über Interessenskollisionen im öffentlichen Raum auf den Bohlenplatz geladen. Die Veranstaltung war mit über 40 Interessierten sehr gut besucht und verlief sehr konstruktiv.

Herr Blöchl (Leiter Polizeiinspektion Erlangen) erläuterte, dass es dieses Jahr bisher sechs Einsätze wegen Ruhestörung am Bohlenplatz gab. Hierbei setze die Polizei zunächst auf den Dialog mit den Verantwortlichen. Erst wenn dieser scheitert, kämen härtere Maßnahmen wie Platzverweise zum Einsatz. Herr Blöchl wies jedoch darauf hin, dass die Polizei aus Kapazitätsgründen nicht für eine permanente Ruhe in der Stadt sorgen könne.

Im Verlauf der Diskussion hatten auch mehrere Anwohner geäußert, dass sie sich durch die Nutzung des Bohlenplatzes bis weit nach Mitternacht häufig in ihrer Nachtruhe gestört fühlten. Hauptsächlich laute Musik oder Gegröle von Betrunkenen werden als besonders unangenehm empfunden.

In Hinblick auf die Ursachen der intensiven Nutzung des Platzes wies ein Student darauf hin, dass viele Studierende sich aufgrund eines kleinen Zimmers gerade im Sommer häufiger im Freien aufhalten wollen. Der Bohlenplatz erscheint hierbei vielen als der fast einzige mögliche Platz in der Innenstadt.

Susann Skerra (Streetwork Erlangen) wies darauf hin, dass Jugendliche von anderen Plätzen häufig vertrieben würden und sich deren Aufenthalt deshalb am Bohlenplatz konzentrieren würde. Weiterhin erläuterte sie im Hinblick auf andere Plätze, wie der Wöhrmühle, dass junge Leute oft nicht dorthin wollten, weil diese eben außerhalb des Stadtzentrums sei.

Allgemein sahen einige der Anwesenden die Universität in der Pflicht, sich auch um entsprechende Aufenthaltsmöglichkeiten für ihre Studierenden zu kümmern, etwa in der längeren Öffnung des Schloßgartens. Der Bürgermeistersteg wurde ebenfalls als ein alternativer Platz genannt, welcher aufgrund fehlender direkter Anwohner weniger konfliktanfällig sei. Obwohl dieser bereits durchaus rege genutzt wird, gäbe es auch hier noch Optimierungspotential.

Durch die Bereitschaft zu Dialog und Rücksichtnahme zwischen Anwohnern und Nutzern des Bohlenplatzes lassen sich die Interessen beider Gruppen vereinen und ein Miteinander gewährleisten. Die Stadt sollte auf Regeln der Platznutzung und alternative Freiflächen hinweisen. ■

AUF DIE PLÄTZE

Radtour „Kunst im Stadtbild"
18.08.2016, 16 Uhr
Treffpunkt: Martin-Luther-Platz

Gisela Niclas – Die Fachfrau für Soziales

Die Diplomsozialarbeiterin und ehemalige Bürgermeisterin Gisela Niclas ist 68 Jahre alt und wohnt in Schallershof. Neben ihrem Engagement im Erlanger Stadtrat ist sie die SPD-Fraktionsvorsitzende im Bezirkstag Mittelfranken

Sie vertritt die SPD-Fraktion als Sprecherin für Soziales im Sportausschuss und im Sozial- und Gesundheitsausschuss. Das erklärte Anliegen von Gisela Niclas ist der Einsatz für Armutsbekämpfung und ein inklusives Erlangen, das allen Menschen gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe sichert. Mit der Umsetzung des Erlangen-Passes, für den sie viele Jahre lang gekämpft hat, hat Gisela Niclas einen großen Schritt für dieses Ziel erreicht und vielen Menschen die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. ■

RATHAUSTELEGRAMM 05/2016: IMPRESSUM
Das SPD-Rathaustelegramm wird durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen erstellt,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Telefon: 09131-862225 - Fax: 09131-862181
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de - Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Verantwortlich: Barbara Pfister - Redaktionelle Gestaltung: Patrick Rösch

Erlangen SPD

Umwelt & Entwicklung | Positionen

Ausstellung zu den Zielen für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals), organisiert vom Dritte-Welt-Laden
20. September bis 12. Oktober, Neustädter Kirche

Im Herbst 2015 wurden von den Vereinten Nationen die neuen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) verabschiedet, die an die Stelle der bisherigen „Millenniums-Agenda“ treten und bis 2030 Gültigkeit haben sollen. Neu ist, dass diese Ziele für alle Länder und Regionen gelten sollen, auch für die reichen Industriestaaten.

Die Ausstellung bietet auf insgesamt neun Roll-Ups Informationen zu den SDGs und den einzelnen Themenfeldern: Gutes Leben, Ernährung, Wirtschaft, Bildung, Ökologie und Kultur. Neben einer Einführung über den Stand der Dinge und die Dringlichkeit der SDGs beleuchtet die Ausstellung die einzelnen Forderungen, bietet ausführliche Hintergrundinformationen zu den einzelnen Themen und zeigt konkrete nachhaltige Handlungsmöglichkeiten auf, wie beispielsweise die Aktion Handprint, welche den persönlichen Lebensstil auf ökologische Nachhaltigkeit hin prüft.

Ergänzt wird die Ausstellung mit Schautafeln zu (positiven) Projekten aus Erlangen:

- Partnerschaft mit Makumira in Tansania,
- „Azadi – Mode für Freiheit!“ aus Indien
- Städtepartnerschaft Erlangen-San Carlos,
- und natürlich: Informationen zur Arbeit des Dritte Welt Laden Erlangen – „Wir handeln fair - seit 35 Jahren“

Ausstellungseröffnung
Dienstag, 20. September, 17:30 Uhr, Neustädter Kirche
mit Dr. Florian Janik, Oberbürgermeister der Stadt Erlangen und Vorsitzender des Beirats zur Erlanger Agenda 21

Begleitprogramm:

- Film: SÜSSES GIFT
  Doku 89 Min., Peter Heller, 2012
  Dienstag 27. September, 20:00 Uhr, Neustädter Kirche und Sonntag, 2. Oktober, 18:00 Uhr, Kino, E-Werk, Fuchsenwiese 1

  Nach 50 Jahren und rund 1.000 Milliarden US-Dollar, die in die Entwicklungshilfe in Afrika gesteckt wurden, zieht die Dokumentation eine sehr kritische Bilanz aus der Perspektive der Afrikaner/innen. Im Zentrum steht die Frage, warum Afrika nach all der Zeit und den Hilfen noch immer keinen wesentlichen Entwicklungsschub verzeichnen kann.
  (in der Reihe Weitsicht ERlangen)

- Entwicklung braucht Entschuldung – jetzt!
  Mit Kristina Rehbein, erlassjahr.de, Düsseldorf
  Do. 29. September, 19:00 Uhr, Neustädter Kirche

  Alle relevanten Institutionen vom Internationalen Währungsfonds bis zu den wichtigsten weltwirtschaftlichen Denkfabriken warnen vor sich aufbauenden neuen Staatsschuldenkrisen in Asien, Afrika, Lateinamerika sowie der europäischen Peripherie. Manche Länder sind bereits in einer Schuldenkrise.

  Im Sommer 2017 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Deutschland. Das deutsche Entschuldungsbündnis erlassjahr.de möchte diese Chance nutzen, um die Bedingungen für den Umgang mit überschuldeten Staaten zu verbessern und im Zusammenhang mit der Umsetzung der SDGs eine koordinierte Entschuldungspolitik zu fordern.

- Schuldenfrei?!
  Erntedank-Gottesdienst zur Ausstellung
  Sonntag, 2. Oktober, 10:00 Uhr, Neustädter Kirche

- Entwicklungszusammenarbeit und Hungerhilfe in Afrika
  Mit Jochen Moninger, Welthungerhilfe Bonn
  Freitag, 7. Oktober, 18:00 Uhr, Neustädter Kirche

  Die Sustainable Development Goals SDGs benennen zum ersten Mal ein zeitliches Ziel zur Erreichung von Zero Hunger weltweit. Bis 2030 soll Unter- und Mangelernährung nachhaltig für alle Menschen besiegt sein. Hierzu bedarf es neuer Ansätze und Initiativen, denn die Zeit rennt...

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:
Martin Müller
Telefon: 09131-8146092
Mobil: 0176-70156584
martin.juergen.mueller@
googlemail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächste Distriktsversammlung findet statt am

Dienstag, 20. September, 19 Uhr, FSV Bruck

Die Tagesordnung wird aktuell beschlossen.

Für den Vorstand
Martin Müller

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Mittwoch, 21. September, 19 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
gabi.dorn-dohmstreich@franken-online.de

Liebe Genossinnen und Genosse,
wir laden herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 6. September, 19 Uhr, Olive, Nebenraum

Die Tagesordnung wird aktuell festgelegt.

Bitte beachtet auch unsere Veranstaltung im Rahmen der Reihe „**Auf die Plätze**“ am **17. September, 17 Uhr auf dem Herdegenplatz** (bei schlechtem Wetter in der Olive).

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Protkoll der Distriktsversammlung vom 12. Juli

1. 750-Jahr-Feier Frauenaurach:
Bis Ende diesen Jahres sollen alle Termine für das nächste Jahr organisiert sein. Die Festschrift soll dann stehen. Die Satzung für die Gründung des Vereins wurde nicht genehmigt und muss überarbeitet werden. Am 1. Juli oder am 8. Juli wird ein Bürgerfest stattfinden.

2. Auf die Plätze:
- Titel: Alles so schön grau hier!
- Termin: 17. September

Plakate und Postkarten müssen in Frauenrauch verteilt werden. Dazu sollen möglichst viele GenossInnen helfen und das Gebiet aufgeteilt werden. Bitte an schaefer-jens@gmx.net zur Koordination wenden.

Bei der Planung der Veranstaltung wird die Unterstützung des Kreisverbandes benötigt, da das nötige Know-How fehlt. Es wird dazu eine „außerordentliche“ Sitzung (im August) geben, in der wir uns mit dem Thema noch einmal intensiv beschäftigen.

3. Bürgersprechstunde
Design wurde von Werbefirma erstellt und sieht gut aus, somit kann der erste Termin kommen. Als Tag ist der 22. oder 29. September jeweils um 10:00 Uhr vorgesehen. Die Entscheidung ist von Stadträtin Felizitas Traub-Eichhorn und der Raumbuchung abhängig.

4. Berichte aus den OBRs Frauenaurach und Kriegenbrunn
Frauenaurach: Schulleiterin hat detailliert über den Hort berichtet. Es gibt einen großen Bedarf an Hortplätzen. Für eine Ferienbetreuung gäbe es Platz und einen Träger, aber keine Fachkraft. Die Eigentümer des Gründstücks im Heerflecken, das für den Spielplatz vor-

gesehen war, wollen nicht verkaufen. Fahrradautobahn Herzogenaurach nach Erlangen entlang der Bahnlinie wird in den beiden Städten geprüft.

Kriegenbrunn: Es gibt von der Gewobau zwei Vorschläge wie das Bürgerhaus umgesetzt werden kann. Eines mit und eines ohne Wohnungen. Hortplätze waren auch in Kriegenbrunn Thema, da die dortigen Kinder benachteiligt werden. Es wurde ein Berichtsantrag gestellt, um den Bedarf zu ermitteln. Findlinge in Kriegenbrunn sind weiterhin ein großes Thema. OBR unterstützt mit 4:2 Stimmen gegen die SPD die Unterstützung eines CSU-Antrages, der auffordert, die Steine zu entfernen.

5. HH-Anträge:
Es werden im September div. Haushaltsanträge gestellt werden. Derzeit sind es: Bürgerhaus Kriegenbrunn; Hort/Ferienbetreuung; Fahrradverbindung Frauenaurach – Bruck; Fahrradweg Pappenheimer Straße – Herdegenplatz; Fahrradweg Kraftwerksstraße; Fußwegverlängerung in der Abfahrt Herzogenauracher Damm – Schallershofer Straße.

6. Antrag SPD Bruck/Frauenaurach:
Es wird einen gemeinsamen Antrag der Distrikte Bruck und Frauenaurach zum hochwasserfesten Fahrradweg entlang der Bahnlinie von Kriegenbrunn bis nach Bruck geben.

Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung am 13. September, 20 Uhr, Kulisse

Die weiteren Termine unseres Distrikts in diesem Jahr: 18. Oktober – 22. November – 20. Dezember.

Solidarische Grüße
Monika

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 13. September, 19 Uhr (!!), Schlossgaststätte

Bitte Anfangszeit beachten!!

Tagesordnung:
1) Aktuelles
2) Diashow zum Ausflug im August.
3) Projekt „Tennenlohe“
4) SPD-Veranstaltungen in Tennenlohe
5) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen:
Distriktversammlungen am 11. Oktober und am 8. November.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
im Mittelpunkt unseres Septembertreffens steht das Thema „Türkei“. Zafer Titiz wird unser Referent und Gesprächspartner sein. Wir holen damit den im Mai vertagten Termin nach (irrtümlich lag dieser in Zeiten der Bergkirchweih). Die Komplexität des Themas hat sich seit Mai noch weiter vergrößert. Zafer dürfte ausgehend von seiner Biographie und seinem politischen Engagement ein interessanter Gesprächspartner sein!

Der genaue Termin für den September steht noch nicht fest (ein Dienstag oder Mittwoch im letzten Monatsdrittel). Ihr findet die Angaben auf dem Deckblatt des „Monatsspiegel“ angeheftet.

Im Auftrag des Vorstands
Gerd

P. S.: Im Juli beschäftigten wir uns zusammen mit Experten mit dem Thema „soziale Strukturen im Bereich Büchenbach“. Es ging um die gegenwärtige Situation (in den Bereichen Büchenbach-Nord sowie dem alten Ortskern gibt es überdurchschnittlich viele sozial Benachteiligte). Andererseits ging es darum, zu überlegen, wie die Situation möglichst verbessert werden kann und welche Aspekte im Lichte anstehender weiterer Bebauung zu beachten sind. Es war eine interessante Diskussion, das Thema wird uns noch weiter beschäftigen. 13 Leute waren anwesend.

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
hartmut.wiechert@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Vorstand der AG 60plus lädt ein zur nächsten Vorstandssitzung/Mitgliederversammlung und freut sich auf euer Kommen am

Mittwoch, 7. September, 15 Uhr im August-Bebel-Haus

Tagesordnung
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Herbstliche Wanderung zum Waldschießhaus
4. Seniorenfilmreihe im Herbst
5. Verschiedenes

Wir wollen die Zusammenarbeit von 60plus-UB, 60plus-Landkreis und 60plus-Erlangen durch eine herbstliche Wanderung fördern (siehe auch Seite 5). Diese Aktion muss noch detailliert geplant werden, außerdem muss der geplante Filmnachmittag (siehe Seite 5) vorbereitet werden.

Ich hoffe auf rege Diskussion und grüße
im Namen des Vorstands
Hartmut Wiechert